

Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiassstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,37 Reichsmark + 8 Pfennig Ertragslohn — 0,45 Reichsmark, monatlich 1,35 Reichsmark + 35 Pfennig Ertragslohn — 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter Text 20 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernsprechkonto: Breslau 58 52. Druckerei: Breslau 58 52.

Gegen Hitlerbarone

AKTIVITÄT
DISZIPLIN
EINIGKEIT

2 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter der Woche, Versammlungs- und Wohnungsbekanntmachungen 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer 10 Pf. Redaktion Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38. Anzeigenstellen und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt.

ro beiliegt

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Mittwoch, den 20. Juli 1932

Nr. 168

Nazimord rast weiter!

Zahlreiche neue, schwere und besonders rohe Mordtaten der Nazis

Die Zahl der Opfer des Bürgerkriegs hat sich seit Dienstag auf 106 erhöht. Die Zahl der Verwundeten betrug bis Dienstag Abend 1170.

Am Montag Abend überlebten etwa sechs uniformierte Nationalsozialisten in Wesseling b. Köln die Plakate der Eisernen Front. Es kam zu einer Auseinandersetzung, als der SA-Mann Wirth aus Wesseling, ein bauerlicher Baumaterialienhändler, der durch seine Unberücksichtigung alles verloren hat, mit einem Leimpinsel den ersten Schlag gegen die protestierenden Arbeiter führte. Einer der SA-Männer drang mit einer Pistole in einen Friseurladen ein und verlangte Aufenthaltsrecht. Die übrigen jagten im Kraftwagen davon.

Später kam vom braunen Haus in Wesseling ein mit uniformierter SA besetzter Lieferwagen. Er hielt an der Hauptstraße, wo sich Unbeteiligte über die Ereignisse des Abends unterhielten. Ohne jeden Anlass sprangen die SA-Horden vom Wagen. Ihr Führer kommandierte „Straße frei, es wird scharf geschossen“, und schon fielen die Schüsse in die Menge. Ein an den Vorfall uneteiligter Arbeiter Stutz, ein Vater von drei Kindern, erhielt einen Herz- und einen Unterkleibschuß und fiel tot zu Boden. Ein Arbeiter, der mit seinem Fahrrad die Stelle passierte, wurde durch einen Kopfschuß schwer verletzt.

Die SA flüchtete dann im Auto in der Richtung Bonn, wo der Wagen von der Polizei gestellt wurde. Der SA-Mann Wirth und der Nationalsozialist, der in dem Friseurladen die Pistole gezogen hatte, wurden verhaftet. Bei der Durchsuchung des braunen Hauses in Wesseling fand die Polizei zwei Selbstschutzpistolen, einen Trommelrevolver und drei feststehende Messer.

Magdeburg, 19. Juli (Eigener Sonderbericht).

In Groß-Rothmersleben, Kreis Neuhalbensleben, Reg.-Bez. Magdeburg, überfielen 250 Nazis, die von einem SA-Aufmarsch aus Neuhalbensleben gekommen waren, den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, den 44 Jahre alten Invaliden Gustav Hessel, hieben mit Dolchen und Messern auf ihn ein, so daß er mit 21 Stichwunden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Mit schweren Steinen haben die Nazis außerdem Hessel noch die Schädeldecke mit Steinen zertrümmert. Seine Verletzungen sind so schwer, daß er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

Später wurde das Einfamilienhaus Hessels mit schweren Bruchsteinen völlig demoliert. 27 Fensterheben wurden eingeworfen, 3 Fahrräder zertreten, außerdem wurden die Fensterkreuze herausgerissen und die Haus- und Hoftüren eingeschlagen. Auch in der Wohnung selbst sind schwere Verwüstungen angerichtet worden. Als Frau Hessel sich den Nazis entgegenstellte, wurde sie gleichfalls durch zwei Messerstiche kampfunfähig gemacht. Unmittelbar darauf wurden noch zwei Häuser, die Sozialdemokraten als Besitzer haben, mit Steinen beworfen und demoliert.

In dem Hause des 68 Jahre alten Invaliden Kuff wurden sieben Fensterheben, bei dem Sozialdemokraten Kupp acht Scheiben eingeworfen. Ein sechs Monate altes Kind wurde durch Glasplitter verletzt. Insgesamt sind nach dem Überfall allein aus der Wohnung Hessels 142 Steine, darunter einige mit einem Gewicht von zehn Pfund, herausgeholt worden.

Sieburg, 19. Juli. (Eigener Sonderbericht.)

Der Gewerkschaftssekretär Adolf Kunz in Burg wurde von Nationalsozialisten schwer verletzt. Der Überfall stellt sich als ein planmäßig vorbereiteter Terrorakt nach italienisch-faschistischem Muster dar.

Aufgehört durch eine Brandrede des preussischen Landtagspräsidenten Kerffren mehrere hundert Braunhemden auf Lastautos vor das Haus von Kunz. Ein Befehl: „Absteigen!“ erscholl. Sofort erfolgte der Angriff. Durch die Fenster, die mit großen, mitgebrachten Quadersteinen eingeschlagen wurden, drangen die Nazis ein. Die Türen

wurden durch Fußtritte eingetreten und dann auf Kunz, der sich mit seiner Gattin und einigen wenigen Sozialdemokraten zur Wehr setzte, eingeschlagen. Die Nazis schrien: „Jetzt haben wir den verfluchten Kunz, jetzt ist er unser!“ Kunz erhielt mit einer rostigen Feile sechs Stiche in den Kopf. Darauf stürzten sich die Nazis auf Frau Kunz, mißhandelten sie und trafen sie zu Boden. Die Wohnungseinrichtung wurde völlig demoliert.

Keine Scheibe, kein Stuhl, kein Vorhang, keine Lampe, nichts blieb ganz. Alles wurde von den Banditen zutieret. Der Vorfall spielte sich sehr schnell ab. Nach genauer Arbeit lösten die Nazis auf und zühen davon. Die Polizei konnte die Räubelführer erst rechtlich feststellen.

Selzenkirchen, 19. Juli. (Eigener Sonderbericht.)

In der Nacht zum Dienstag um drei Uhr wurde in Buerz der Kameradschaftsführer des Reichsbanners Johann Schlenhoff, 62 Jahre alt, von dem 35-jährigen Nationalsozialisten Werner Günther, Adjutant des Ortsgruppenführers der Nationalsozialisten erschossen.

Schlenhoff hatte mit mehreren Kameraden den Schutz einer Kiebelkolonne der Eisernen Front übernommen. Unterwegs trafen sie einen 35-jährigen SA-Mann Werner Günther, der Sirett begann und nach einem Reichsbannermann schlug. Dann flüchtete er in eine benachbarte Lohfabrik. Als die Reichsbannerleute ihm folgten, gab er einen Schuß ab, der Schlenhoff in die Brust traf. Ein zweiter Schuß blieb im Lauf der Waffe stecken. Den Reichsbannerleuten gelang es, den Täter zu entwaffnen und ihn unschädlich zu machen. Er wurde mit schweren Kopfverletzungen in ein Krankenhaus geschafft.

Hitlerkolonie Preußen?

Der Reichskanzler hat die preussischen Minister Hirtfelder und Severing zu Mittwoch-Vormittag 10 Uhr zu einer politischen Besprechung zu sich gebeten.

Auf allen Plakatsäulen, in ihrer Presse und in ihren Versammlungen bemühen sich die Papentreuzler krampfhaft, wie erstappte Verbrecher die Spuren zu verwischen, die zu den Hintertreppen der Baronsregierung führen. Den arbeitenden und leidenden und von Herrn Hitler verratenen Massen allen bis zum Wahltag die Augen verschmiert werden. Das Volk soll nicht wissen, daß Brüning nur gestürzt und Papen aus Steuer gesteht wurde, weil es die Braunen Häuser wollten.

Die Wahrheit ist, daß es ohne Hitler keinen Papen gäbe, ohne Hitler keine Notverordnung und damit auch keine Notverordnungslosen.

Die zehnmal erwiesene Wahrheit ist, daß Papen regiert, aber Hitler im Hintergrund sitzt. Es ist ein Fakt auf Gegenseitigkeit, wobei einer dem anderen die Steigbügel hält. Was die Kampagne Hitler fordert, wird im großen und ganzen von den Nazi-Baronen erfüllt. Unter Brüning kam kein Goebbels an das Mikroskop des Rundfunks. Unter Papen marschieren die Herrschaften der Reihe nach an, und verzapfen ihre Phrasen, von Hirtel bis Hitler! Die Bayern weigerten sich die Notverordnungslosen und damit den Bürger-

Papen Reichskommissar von Preußen

Berlin, 20. Juli. (10,45 Uhr vorm.)

Zur Aufklärung an den Empfang der preussischen Minister Hirtfelder und Severing beim Reichskanzler verlautet, daß Reichskanzler von Papen Reichskommissar für Preußen und Oberbürgermeister Dr. Bracht-Essen sein Bevollmächtigter werden wird.

Stuttgart, 19. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Der Bezirksvorsitzende der Sozialdemokratischen Tübingens, Frank, wollte in den Ammerthal-gemeinden Ullingen, Poltringen und Pfäfflingen gegen Versammlungen abhalten und begab sich in Begleitung von etwa einem Dutzend jüngerer Parteimitglieder dorthin.

Sämtliche Versammlungen wurden von den Nazis gesperrt, die einen regelrechten Kundschafterdienst eingerichtet hatten und rasch einige Lastwagen mit SA-Leuten, etwa 60 an der Zahl, heranholten. Frank wurde verletzt, ebenso der Führer der Sozialistischen Arbeiterjugend Schultze.

Daß die Nazis den Überfall planmäßig organisiert hatten, bewies, daß sie die Telefonzellen besetzten, damit keine Hilfe gerufen werden konnte. Der nationalsozialistische Ortsgruppenführer Baumert von Tübingen war anwesend. Es ist der Landjägersmannschaft gelungen, die Namen der nationalsozialistischen Schläger festzustellen.

Nazi schwer bewaffnet

Laut Mitteilung des Polizeipräsidenten wurden in der Nacht zum Dienstag von einem nach Uckermark entsandten Kommando der Stettiner Schutzpolizei ein Lastkraftwagen und ein Personwagen, die mit 22 SA-Leuten aus Pajewall besetzt waren, angehalten.

Bei der Durchsuchung der Nationalsozialisten und der Kraftwagen sowie des Geländes neben der Landstraße wurden neun Pistolen und Revolver, drei Stabtaschen, sechs Schützengewehre und Dolche, mehrere Gummikugeln, Dörsenmesser, Schlagringe sowie über hundert Schuß Munition und sonstige Stief- und Schlagwerkzeuge gefunden.

Nach Angabe des Führers haben die Nationalsozialisten im ganzen 13 Pistolen mitgeführt und waren nach Uckermark zur Unterstützung dort bedrohter Parteimitglieder herbeigekommen. Die SA-Leute wurden festgenommen und nach dem Polizeipräsidium Stettin gebracht.

Krieg in ihr Land hereinzulassen. Lobendes Geheul und Geschimpfe über die „Separatisten“ und „Landesverräter“ — bis der Wunsch der Braunen Häuser erfüllt und die Abmachung mit der Baronsregierung durchgeführt war.

Blieb Preußen, der Hort der Demokratie! Ohne Preußen kein Drittes Reich und kein Tag ist seit dem Regierungsantritt des Kabinetts Papen vergangen, an dem nicht an irgend einer Stelle der Hebel angelegt wurde, um die stärkste Bastion des republikanischen Deutschland aus den Angeln zu heben. Die gesamte parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit der Braunen Häuser galt diesem einzigen Zweck. Mit Begeisterung von der Partei des Herrn Hugenberg unterstützt, vollzieht sich seit Monaten ein Heh- und Verleumdungskampagne gegen die heutige preussische Regierung und vor allem gegen die preussische Polizei. Kein Mittel war zu gering, das nicht den Zweck heiligen mußte. Selbst die Frau des Vizepräsidenten der Berliner Polizei wurde in diesen Verlogensten und erbärmlichsten aller Kämpfe hineingezogen.

Wenn es in den vergangenen Jahren einen Staat in Deutschland gegeben hat, in dem Ruhe und Ordnung herrschte, Gerechtigkeit und Freiheit für alle politischen Parteien, Sicherheit und Schutz aller Staatsbürger, so war es Preußen! Was es an positiven und aufbauenden Leistungen unter seiner demokratischen und republikanischen Regierung aufzuweisen hat, steht musterhaft vor aller Welt. Auch als die Notverordnungslosen dank der Barone Papen-Gaig wieder auf den Straßen erscheinen durften, haben die preussische Staatsregierung und die preussische Polizei kein einziges Mal ihre Pflicht getan und sich dem Ungeheuer entgegengestellt. Sehr zum Aerger und Mißvergnügen aller jener, denen das republikanische Preußen ein Dorn im Auge ist und die es hassen als Gefährter, an dem bisher alle Notverordnungsmonarchistischen und volksfeindlichen Stürme abgeprallt sind.

Preußen ist von außen nicht zu Fall zu bringen. Deshalb muß es von innen unterminiert werden. Die Brüning- und Barone, die Junker und Schwerindustriellen und alle Feinde

des „Wahlfahrtsstaates“ brauchen Raum und Bewegungsfreiheit und wozu hätte man seinen Hissler und die SW, wozu für sie all die vielen Aufwendungen und Unkosten, wenn sie sich nicht auch noch durch Preußen vergreifen sollten?

Sprechen wir offen und deutlich:
dieser wohlmeinendste Bürgerkrieg dient vor allem dem Zweck, durch Zwang zu erreichen, was bisher durch alle Wahlen und alle Parlamentstheater nicht zu erreichen war. Die täglichen Akte des Terrors gegen die Arbeiterschaft, die Unsichermachung der Straßen und des öffentlichen Lebens sollen den Nachweis liefern, daß Preußen und seine Polizei ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen. Für dieses hinterhältige und gemeine Ziel werden die SW-Proleten ins Feuer gelagt, deshalb müssen täglich arme Menschen ihr Leben lassen, und wo kein Kommunist in den Arbeiterquartieren auf die Provokationen hinfällt, da werden SW-Deute in Zivil gesteckt, mit antisozialistischen Urteilen und Revolvern versehen, damit diese Uchtgroßenjungen und Provokateure die Polizei angreifen.

War nicht auch der Blutsonntag von Altona eine einseitige wohlangelegte Provokation zum Sturz der preussischen Regierung? In Altona konnte die Polizei den SW-Marsch durch die Proletenquartiere verbieten. Dann hätten die Braunen Häuser toben können über Unterdrückung und zweiterlei Maß. Die Polizei gestattete den Umzug, es floß Blut und wieder brüllte die ganze Meute auf der Rechten nach dem Reichskommissar für Preußen. Wie auf Befehl erschallte der Ruf. Er wurde vorbereitet und unterstützt durch ein Schreiben des Nazi-Präsidenten des Preussischen Landtags an Herrn von Papen, in dem ebenfalls ein Reichskommissar für Preußen gefordert wird, „weil sich Ueberfälle und Morde von Tag zu Tag in erschreckendem Maße häufen“. Das ganze Spiel liegt klar zu Tage. Erst forderte und erreichte man die völlige Demonstrationstrennung und die Notverordnungsjuden, und als die Auswirkung dieser Politik zu Tage trat, wurde der Spiel umgewandt, werden die für die Bluttat verantwortlich gemacht, die sie mit Schanden und Fäulnis gegen ihre Ursachen gewehet haben. Ja, die intellektuellen Urheber dieser Urteile sollen schließlich nach die Richter über die spielen, die sie einbringlich aber vergeblich vor der Freigabe der Straße an die Notverordnungsjuden warnten.

Es gibt keinen juristischen und verfassungsmäßigen Paragraphen, der die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen rechtfertigen könnte.

Der einzige Grund, den die Reichsregierung ins Feld führen kann, ist der Wunsch und das heilige Bemühen der Braunen Häuser und ihrer Auftraggeber, Preußen in eine Nazikolonie zu verwandeln, Böden und Felder freizumachen für die hungrige Nazimeute und deren Stellenjäger. Sie hätten es in der Hand, mit dem Zentrum eine Koalition zu bilden und auf diesem verfassungsmäßigen Wege in Preußen mit zu regieren. Das aber ist es gerade, was die Hissler und Konjanten nicht wollen. Sie wollen heute nicht einmal offen die Macht. Was sie wollen, ist Einfluß ohne Verantwortung. Nur keine offene Verantwortung, weil das Volk seine Betrüger sonst allzu rasch erkennen würde.

Das Spiel der Nazi und ihr Zusammenpiel mit der Bezirksregierung ist klar. Sind sich aber diese Papen, Gansl und Schleicher klar, wozu der Weg führen muß? Wir warnen sie dringend, einen Schritt zu tun, der ein Signal in vielfacher Hinsicht sein kann.

Empörung in der republikanischen Presse
Als Reichskommissar für Preußen wird neuerdings der Oberbürgermeister von Essen, Dr. Bracht, genannt. Bracht ist in den letzten Jahren bei jeder Gelegenheit immer wieder als Kandidat für fast jedes zu besetzende Amt auf-

gelacht. Er steht dem Zentrum nahe. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß er für den Fall, daß allen Erstes an ihn von der Papen-Regierung herangerufen werden sollte, das Amt eines Reichskommissars annehmen wird.

Der „Barmärker“ schreibt zu der Absicht, in Preußen einen Reichskommissar einzusetzen u. a. folgendes:
„Der Reichskommissar in Preußen kann nicht Ordnung schaffen. Er soll nach den Wünschen dieser, die ihn fordern, so auch gar nicht sein. Seine Einsetzung ist nur ein weiterer Schritt auf dem Wege zum Krieg aller gegen alle sein, der sich immer weiter ausbreitet, je mehr sich die Reichsregierung den nationalsozialistischen Wünschen gefügig zeigt.“

Reichskommissar ist Staatsreichskommissar in den Augen der verfassungstreuen Bevölkerung, ein Gewalthaber ohne Recht. Reichskommissar bedeutet nicht Ordnung, sondern Chaos, nicht weniger Blut, sondern mehr — niemand kann sagen, wie viel. Reichskommissar ist der Name des Instruments, mit dem eine gewalttätige Minderheit nach der politischen Macht greift.“

Die „Germantia“ sagt zu dem Plan der Einsetzung eines Reichskommissars unter dem Titel: „Ein gefährlicher Weg“ u. a. folgendes:
„Ein solches Eingreifen des Reiches in die preussischen Verhältnisse ist staatsrechtlich in keiner Weise begründet.“

Es wäre ein Akt der Gewalt, der in seinen politischen Auswirkungen zu neuen schweren Konflikten und zu verhängnisvollen Ergebnissen führen müßte.

Die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für die Einsetzung eines Reichskommissars sind in keiner Weise gegeben, selbst dann nicht, wenn man ihr, wie wir erfahren, die an den Haaren herbeigezogene, unwahre Begründung geben will, daß die Preussische Regierung von den Kommunisten abhängig sei. (!) Ebenso unmöglich wäre es, das Eingreifen des Reiches etwa auf die blutigen Zwischenfälle zu stützen, die sich in einzelnen preussischen Städten — übrigens blieben auch die anderen Länder nicht von ihnen verschont — in der letzten Zeit ereignet haben.

Diese Zwischenfälle hat nicht die preussische Regierung zu verantworten, die um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bemüht ist, sondern die Reichsregierung, deren verhängnisvoller Wunsch es ja doch war, daß den Kameraden die Uniformen und die Demonstrationsfreiheit widergegeben wurden. . . . Wenn die Regierung diesen Schritt tut, dann ist es nichts anderes, als eine von den vielen parteipolitischen Konzeptionen, die der neue Kurs seinen Freunden und Helfern bereits gemacht hat und auch weiter machen muß.

Diese Reichsregierung, die das große Wort sprach, daß sie die Staatsführung von den parteipolitischen Fesseln befreien wolle — die übrigens andere bereits vor ihr abgestreift hatten — zeigt dann jedenfalls, daß sie sich keine ihrer Vorgängerinnen parteipolitischen Diktaten unterwirft.

Wir warnen die Reichsregierung in letzter Stunde, den Weg zu gehen, in dem sie sich offenbar entschlossen hat. Sie hat sich in den wenigen Wochen, in denen sie ihre Regierungsbefugnisse vorüberläßt, schon und innerlich durch ein ungewöhnliches Versagen bereits so kompromittiert, daß sie

selbst am wenigsten Lust zu neuen Experimenten haben sollte. Sie wick die neue Verantwortung, die sie für den rechtlich und politisch unmöglichen und folgenschweren Eingriff übernimmt, nicht tragen können.“

Ueber den Plan zur Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen sagt die „Völkische Zeitung“:

„Trotz der Ermahnung, die durch diese Maßnahme der Reichsregierung eingeleitet ist, hat die preussische Polizei mit Aufbietung aller Kräfte und mit völliger Unparteilichkeit ihre Aufgabe erfüllt. So beklagenswert die Säufung der Ausschreitungen ist, so muß doch auch im Interesse des deutschen Volkes in der Welt festgehalten werden, daß trotz der Aufreizung der Leidenschaften durch die extremen Parteien in den meisten Bezirken des Reiches, und vor allem Preußens, bis her ein geordneter Verlauf des Wahlkampfes gesichert werden konnte. . . . Daß die Bewegung die Polizei von Rechtsradikalen wie von Linksradikalen immer erneut heizeln wird, beweist nur, daß sie im großen und ganzen den extremen Gruppen ihr gewöhnliches Handwerk erfolgreich erschwert hat. Auch bei den Kämpfen in Altona haben sich die Organe der staatlichen Ordnung opferbereit zwischen die Streitenden geworfen und die Angriffe mit rücksichtsloser Schärfe abgewehrt.“

Es ist reine Parteipolitik, wenn in einem solchen Augenblicke schwerer Gefährdung die Reichsregierung mit verächtlichem Nachdruck die Reichsregierung zu Schritten drängen wollten, die sich gegen die preussische Exekutive richten lassen. Unter immer neuen Vorwänden wird auf Einsetzung eines „Reichskommissars“ gedrungen, wozu weder eine sachliche noch eine rechtliche Grundlage für einen solchen Eingriff gegeben ist.“

Schäfer noch urteilt das „Berliner Tageblatt“:
Es bezeichnet die Neigung der Reichsregierung, einen Reichskommissar für Preußen einzusetzen, als Kompensationsgabe an die Nazi für die über längere Zeit geführte Handhabe vorhanden ist. Das „Tageblatt“ warnt vor der Tragweite eines „Experimentes sehr gefährlicher Art“, das „die schwerste Probe auf den Zusammenhalt des Reiches“ sei, die man sich denken könne: „Um der klugen Augen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen zuliebe will die Reichsregierung einen konfessionslosen Subversivisten unternehmen, der über die Schranken der Verfassung hinwegtritt.“

Die Regierung der Nazidiktatur hat am Dienstagabend eine weitere Erklärung gegen die politischen Ereignisse der letzten Zeit durch Rundfunk verbreiten lassen. In dieser Erklärung wird insbesondere auf die Vorgänge in Ostpreußen und Altona bezuggenommen und dann gesagt:

„Es ist selbstverständlich und von der Reichsregierung auch bereits angekündigt worden, daß das Demonstrationsverbot nur ein erster Schritt ist. Die Länderregierungen sind ersucht worden, die aus dem Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen sich ergebende Entlastung der Polizei dazu auszunutzen, um die Schlupfwinkel und Waffenlager der Kommunisten, deren Vorhandensein durch die Altonaer Vorgänge erwiesen ist, nachdrücklich aufzuheben und damit die Grundlage für eine künftige ruhigere Gestaltung öffentlicher Versammlungen zu schaffen. Die Reichsregierung wird dem Herrn Reichspräsidenten nötigenfalls weitere Maßnahmen gegen diejenige vorschlagen, die künftige den politischen Kampf mit der Waffe in der Hand oder gar unter verbotener Anwendung von Sprengstoff führen sollten. Das deutsche Volk kann darauf vertrauen, daß die Reichsregierung durchgreifen wird.“

Heimwehrententat auf Otto Bauer

In der am Dienstag abgehaltenen Sitzung des Finanz-ausschusses des Nationalrats ereignete sich ein empörender Vorfall, der in der Geschichte des österreichischen Parlaments einzig dasteht. Der Heimatschutz-Abgeordnete Heinz, der dadurch berührt ist, daß er einmal in offener Parlamentssitzung den Revolver zog und die Sozialdemokraten bedrohte, hat den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Otto Bauer in offener Sitzung durch einen Schusswurf erheblich am Kopf verletzt.

In der Sitzung des Ausschusses wurde in Abwesenheit Dr. Bauers über die Person des heimatlichen Landeshauptmanns Kitzler gesprochen. Als Dr. Bauer den Saal betrat und eine Auseinandersetzung zwischen den Regierungsabgeordneten und den

Sozialdemokraten sah, rief er seinen Freunden zu: „Lebt Euch doch mit diesen Faschisten nicht ein.“ In diesem Augenblicke sprang der heimatschutzliche Abgeordnete Heinz von seinem Sessel auf, packte einen Zündstein und schleuderte ihn mit voller Wucht aus einer Distanz von kaum zwei Meter gegen Dr. Bauers Kopf. Bauer erlitt eine stark blutende Wundwunde. Es entstand ein ungeheurer Tumult. Die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder stürzten sich auf Heinz, der auf der Stelle geschnitten worden wäre, wenn ihn nicht die örtlich-sozialen Abgeordneten geküßt hätten. Dr. Bauer wurde von seinen Freunden in das Verbandstimmer geführt und dort verbunden.

Gegen Heinz wurde sofort Strafangeige erstattet.

Frauen im Gefängnis

Von Gay de Téramond

4) (Nachdruck verboten.)
Ihre Blide schweiften unruhig von einem der Männer zum anderen, was deren Neugier natürlich reizte; man sah es ihr an, daß sie gegen schwere Strümpel ankämpfte.
„Da hat keine Beziehung zu dem furchtbaren Fall“, rief sie heraus.
„Lassen! Jede Kleinigkeit kann wichtig werden“, erklärte fast feierlich der Kommissar. „Sprechen Sie!“
„Mit dem Mord hat das nichts zu tun“, beteuerte Aline, „im selben Augenblick dachte ich nur, der Herr Kommissar hätte vielleicht ein Wort gesagt — oder etwas getan, worüber die Frau erschrocken wäre, weil gestern Abend — da waren sie miteinander in Streit geraten.“
Die vier Männer fixierten sie an.
„Weshalb hat es Streit gegeben?“
„Wie immer — wegen Geldfragen . . . und auch die Eifersucht.“
„Wie immer?“ wiederholte der Kommissar. „Sie wollen logen: Herr und Frau Kommissar hätten sich nicht gut verstanden?“
Aline zuckte die Achseln und erwiderte mit gedämpftem Ton:
„Das können Sie von allen Seiten hören, von der Köchin, der Wirtsin, der Frau des Mannes — nicht gerade leicht, er liebt die Schärze — spielte, Madame, die doch eine sehr hübsche Frau und erst 21 Jahre alt ist, die betrog er! Seit einiger Zeit hatte er ein festes Verhältnis — eine Aline, die aus den Jalousie-Fingern: Les Filles — Sie können sie nicht sehen.“
Die letzte ihm nicht wenig — dann mochte er Differenzen im Klub gehabt haben — Es war ganz natürlich, daß die Frau ihm Kommissar machte. Da nahm er sich an, es hat seine gewisse Autorität gegeben. Geboren — da ging es her, daß mit dem Kommissar. Ich fürchtete, er würde Madame schlagen. Die hat sich eingeschlossen und gerufen: „Ich verstehe auf Scheidung! Kommissar, gebe ich zu meinem Verlust.“
Unmittelbar nach diesem Auftritt haben Sie die Wohnung verlassen — und Herr und Frau Kommissar blieben allein zurück.“
„Dann sind Minuten später — ich war noch ganz dunkel mit dem Kommissar, was ich gehört hatte.“

„Bitten Sie Ihre Frau, sie möhle nochmals herkommen“, verfügte der Kommissar.
Als die Jose das Zimmer verlassen hatte, sagte er zu den drei Herren:
„Mir scheint, es könnte hier gar keinen Zweifel geben. . . . Der Fall ist unklar, wenn man einen fremden Täter annimmt; er wird nur allzu klar, wenn man sich zu der Hypothese bekennt, die sich — nicht wahr? — uns allen aufdrängt hat.“
„Es ist sicher“, wandte der Inspektor zurückhaltend ein, „daß verschiedene Momente die junge Frau erheblich zu belasten scheinen; — aber trotzdem — ich kann nicht sagen warum — habe ich den Eindruck, die Sache liegt sehr mysteriös, bis jetzt noch Geheimnisse.“
„Was soll hier groß verwickelt sein?“ unterbrach ihn fast verächtlich der Kommissar. „Der Fall ist klar. In der Ehe klappte es nicht. Ein Jant klettert sich zu Wutausbrüchen. Vielleicht beging der Gatte eine brutale Ungehörigkeit.“ Die Frau erwiderte in dem halbherzigen Augenblick nach den Revolver und ergreift die Gelegenheit, sich eines ihr so überdrüssig gewordenen Gefährten zu entledigen. . . . Sie hat jetzt nicht ganz allmählich? . . . Man erspart sich die Mühseligkeiten eines Scheidungsprozesses. . . . Das geht rascher. . . . Was riskieren denn diese Damen? Ein paar Monate fast. . . . dann werden sie von den Geschworenen freigesprochen unter dem Jubel des Auditoriums.“
„Es ist Mode geworden“, daß sich Ehemänner ebenso wie Ehemänner zu den unpopulärsten Dingen hinsetzen lassen“, pflichtete der Inspektor bei.
„Gleichwohl — ein Stich mit dem Messer — das ist eigentlich nicht der Brauch unter Menschen dieser sozialen Stufe“, wandte der Arzt ein, der die Klinge der Kommissar prüfend betrachtete.
„Ich habe Schweiß an der Hand, dann nimmt man, was man braucht“, rief der Sekretär.
In diesem Augenblick kam Frau Kommissar, von Aline begleitet.
„Ihr Gesicht war sehr, der Ausdruck ihrer Augen, die so eigenartig von ihrem leuchtenden Blick ausstrahlten, ließ darauf schließen, daß sie etwas Wichtiges mitzuteilen habe; wir Menschen gewöhnen uns an alle Situationen, auch an die entleglichen. Eine lächerliche Wirkung bereitet sie mir vor.“
Der Kommissar schob mit einer Fremdsetzung die drei Männer beiseite, die vor dem Diner standen, auf welchem jetzt die Letzte lag. Sie war bedeckt mit einem orientalischen Seidentuch, das man sich den Rand gemerkt.
„Madame“, sagte er in einem kurz ein gemessenen Ton

gemilderten, sehr amüßigen Ton, „erzählen Sie uns nun genau den Vorgang. Es ist in Ihrem Interesse, daß Sie die Wahrheit, die keine Wahrheit bekennt: die Justiz wird vielleicht Milderungsgründe finden.“
„Die Milderung, samt gleichenden, schönen Pupillen richteten sich — vergrößert — wie in unlagbarer Ueberraschung auf den Fragenden.“
„Die Wahrheit? . . . Milderungsgründe? Ich verstehe nicht.“
„Lassen Sie das“, entgegnete der Kommissar ziemlich höflich, „es wäre zwecklos, hier länger verheimlichen zu wollen. Was hier vorgegangen ist — es springt in die Augen. Sie haben sich mit Ihrem Mann gestritten, gestern Abend, das ist doch richtig?“
„Wie? — Wozu wissen Sie das?“ fragte die Unglückliche, die sagte, daß sie furchtbaren Stunden entgegen sah, als denen, die sie eben durchlebt hatte.
„Ihre Kammerfrau hat in aller Form ausgesagt“, erklärte in geküßter Höflichkeit der Kommissar. „Ich glaube, Sie können nicht leugnen, daß Ihre Ehe zerfallen war. Der Tag hier hatte sich Ihnen gegenüber manches zuzuschreiben kommen lassen. Er hielt Mäntel aus — spielte — es gab dauernd Zerwürfnisse, bis zu dem, das gestern nach dem Diner ausbrach — eine oder zwei Stunden vor der Tat, infolgedessen.“
„Das hat Aline erzählt?“ rief Frau Kommissar, die in Erinnerung der furchtbaren Gefahr etwas Beherrschung zurückzugewinnen suchte.
„Ich glaube es gut zu machen“, fiel ihr Aline ins Wort. „Ich wurde gefragt, was ich wüßte. Da sagte ich die Wahrheit. . . . Ich ahnte nicht, daß sie dazu dienen würde, Madame anzulügen! . . . Madame, die immer so freundlich in den Leuten Boden gewesen, die ich bei ihr gedient habe und die alle Leute beneideten, weil man wußte, daß der Herr sie nicht glücklich machte.“
„Die keinen Blick der Frau konnten sich kampflos, als er schiene ihr das Mitleid dieser Jose wie ein Kommissar, der unerschütterlich war als alles andere.“
„Sie lachte verneinend auf, fast wie eine Jete. Dann sagte sie schlagend.“
„Ich fräube mich, es zu verstehen, so unmöglich erschien es mir. Sie kühnlichen mich, ich hätte meinen Mann geliebt.“
„Madame“, unterbrach sie der Kommissar, „wir müssen leider glauben, daß das Ergebnis dieser Nacht sich anders nicht denken läßt.“
(Fortsetzung folgt)

Wir wollen den Wohlfahrtsstaat!

Wohlfahrt für die Millionen, aber nicht für die Millionäre!

Das Kabinett der Barone hat die früheren Regierungen beschuldigt, aus dem Staat eine Wohlfahrtsanstalt gemacht und damit die moralischen Kräfte des Volkes zertrübt zu haben.

Wo war der Schrei gegen den Wohlfahrtsstaat, als die Industriehäupter und Finanzmagnaten gemeinsam nach der Hilfe des Staates geschrien haben?

Wiele Milliarden sind in Gestalt von Subventionen, Krediten und Stipendien diesen Klassen zugeflossen, und diese Milliarden sind bezahlt worden durch gewaltigste Opfer eines kämpferischen Volkes!

Die tiefste Unmoral, das moralisch zerfallende Element unserer Zeit — das ist die Begehrlichkeit dieser Schichten, gepaart mit ihrer tiefen Verlogenheit und der krassen Unantbarkeit gegenüber dem eigenen Volke!

Wir bekennen uns zum Wohlfahrtsstaat!

Wir bekennen uns zu dem Grundsatz, daß der Staat alles tun muß, um die Ansprüche des Arbeitsvolkes auf Lohn und Gehalt und die Unterstützung der unschuldigen Opfer der Krise unbedingt zu sichern!

Wir bekennen uns zu dem Grundsatz, daß der Staat das Leben und des Lebens Notdurft für alle seine Bürger gewährleisten muß! Wir bekennen uns zu dem Grundsatz, daß der Reiche opfern muß für den Armen!

Das Glück und die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen eines Volkes sind die Voraussetzung seiner moralischen Kräfte und der Zweck des Staates!

Wohlfahrtsstaat für die Millionen, aber nicht für die Millionäre — das ist unsere Parole!

Kämpft mit uns! Wählt sozialdemokratisch! Liste 1

Hitlers Dienstvorschrift zum Bürgerkrieg

Vor uns liegt ein Schriftstück, das mir allen Gewissheiten, vor denen Herr Hitler keine Loyalität zu beteuern pflegt, besonders aber auch den gegenwärtigen Wählern der braunen Häuser in den Ämtern, der besonderen Beachtung empfiehlt.

Dieses Schriftstück enthält nicht weniger als eine auf der Schreibmaschine vervielfältigte genaue Dienstvorschrift zum Bürgerkrieg. Diese Anweisungen sehen einmal den Fall der Machtübergang des Herrn Hitler voraus, legal oder illegal, und in jedem Falle den Widerstand der Bevölkerung.

Und was haben die braunen Häuser der Bevölkerung am Tage nach der Machtübergang ausgedacht? In diesem Tage ergreift der Reichsbefehl an die SA gegen den Feind. Ist er geschlagen und hat er sich zurückgezogen, so müssen die Sturmabteilungen „Ordnungskunst“ beziehen. Die entsprechenden Anweisungen lauten:

„Ist die Bezirksamkeit mit dem Feinde ausgeschlossen, so ist vor allem auf die Bequemlichkeit der SA auf gute Verpflegung und Unterkunft Bedacht zu nehmen.“

In jeder Ortschaft ist der rangälteste SA-Führer ohne weiteres Ortskommandant, wenn nicht von höherer Stelle ein solcher besonders ernannt wird. Der Ortskommandant verteilt den Ort auf die verschiedenen Formationen und regelt den inneren Dienst, die äußeren Sicherungsmaßnahmen und die Beaufsichtigung.

In jedem Ort wird ein Scharführer vom Ortsdienst kommandiert. Nach Bedarf sind Kommando-Scharführer zu kommandieren. Der Scharführer vom Ortsdienst meldet sich beim Ortskommandant, um dessen Anweisung gemäß alle Maßnahmen für die äußere Sicherung zu treffen. Er ist der Vorgesetzte sämtlicher Wachen, deren Aussehen, Unterweisen und Nachsehen bei Tag und Nacht ihm obliegt. In jedem Ort wird für den inneren Dienst eine Innenwache eingerichtet. Hierzu gehören die Ordnung für den Kommandanten, Fahnenwache, Fahrzeugwache, Melder und

ein Spielmann. Hier ist zweckmäßig auch die Sanitätswache (Revier) durch den Sanitätsstrupp einzurichten.

In den Unterkunftsorten sind stets Alarmplätze zu bestimmen. Bei Alarm sammeln sich alle Formationen in voller Ausrüstung auf ihren Alarmplätzen oder belegen die ihnen zugewiesenen Punkte. Die Motorsturmmänner eilen zu ihren Fahrzeugen und machen diese fahrfertig. Die Motore sind jedoch nur dann anzumachen, wenn Fahrbefehl bereits gegeben ist. Größte Ruhe ist geboten.

Die Außenwachen bleiben bis auf weiteren Befehl auf ihren Plätzen und leisten bei Angriff hartnäckigen Widerstand.

Die Innenwachen übernehmen die Aufsicht über etwa zurückbleibendes Gerät und folgen bei plötzlichem Abmarsch erst dann, wenn alles verladen und zur Fortschaffung bereit ist.

Die Wachen und Posten an den Ortsausgängen müssen über die Quartiere des Ortskommandanten und der höheren Kommandeure unterrichtet sein, damit sie Melder und Kabfahrer schnell zurechtweisen können.

Bei gefährdeten Nachquartieren sind Patronen in die Umgebungen zu legen. Der private Fernsprechkontakt ist zu unterbinden.

In bedrohten Ortschaften hat jeder seine Ausrüstung so bereit zu legen, daß er sich auch im Dunkel in kürzester Zeit zum Einsatzstellen fertig machen kann. Zum Alarmieren wird das Signalalarm geblasen, während die Trommler den Generalalarm schlagen. Den Befehl hierzu erteilt der rangälteste SA-Führer oder der Ortskommandant. Ist Gefahr im Verzuge, so ist hierzu jede Wache verpflichtet und jeder SA-Führer auf seine Verantwortung berechtigt.

Das ist der wesentliche Inhalt der Dienstvorschrift zum Bürgerkrieg. Trotzdem werden ihre Urheber und alle, die es angeht, sich der Mittel weit über Friedensengel vorstellen. Diese ewigen Heuchler...

Breußens Staatsrat gegen Reichsregierung

Der Staatsrat verlangt das allgemeine Uniformverbot

Der Preussische Staatsrat nahm am Dienstag mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie folgenden Antrag gegen den Bürgerkrieg an:

Die täglichen blutigen Ausschreitungen, denen vielfach auch unschuldige Personen zum Opfer fallen und die das Ansehen Deutschlands schädigen, werden von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes verabscheut. Ueber allen politischen Zwängen steht die zwingende Notwendigkeit, die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten und Leben und Sicherheit der Staatsbürger zu sichern. Der Staatsrat ersucht die Reichsregierung, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß geordnete Zustände sofort wiederhergestellt werden. Er ersucht ferner, in diesem Sinne mit allem Nachdruck auch auf die Reichsregierung einzuwirken. Der Staatsrat hält es insbesondere für notwendig, daß über die inzwischen verordnete Bekämpfung der Demonstrationsfreiheit hinaus das Uniformverbot wieder eingeführt und gegen jeden ungesetzlichen Waffenbesitz und Gebrauch mit unerbittlicher Strenge vorgegangen wird.

In der Debatte über die blutigen Zwischenfälle der letzten Zeit führte das sozialdemokratische Mitglied des Staatsrats Dr. Moorfeld u. a. aus: Die Bekämpfung des Uniformverbots hat die Nordsee an der Ostküste beunruhigt. Denken Sie nur an die 15 oder noch mehr Toten in Altona und dann messen Sie daran die Ministerverantwortung einer Regierung, die aus der Aufhebung des Uniformverbots ein politisches Geschäft gemacht hat. (Sehr richtig b. d. Soj. und Komm.)

Bei der Rückkehr der SA-Leute aus Altona hat man ihnen ganze Wagenladungen von Revolvern abgenommen.

Wenn Göring die offizielle Bewaffnung der SA kündigt und droht, er würde in drei Tagen die Straße rein machen, so ist das die ganze offene Ankündigung des Bürgerkrieges. 99 Tote sind seit der Wucherung des Uniformverbots in Deutschland zu zählen und 1125 Verwundete.

Wenn die Herren von der Reichsregierung, besonders der Herr Reichsminister des Innern, angeführt vom Reichsminister des Innern, überhaupt noch ruhige Glieder? Politische und andere Organisationen fordern immer wieder die Wiederherstellung des Uniformverbots. Sozialdemokraten, Zentrumspartei, große Frauenverbände, christliche Gewerkschaften, katholische Arbeitervereine, alle haben ein gleiches Verbot gefordert.

Warum bleibt die Reichsregierung untätig? Was ist die Ursache nur in den bindenden Zusagen, die

Schleicher von Hitler gemacht worden sind oder die Herr Hitler selbst, Göring und Röhm gemacht worden sind? Der treibt die Reichsregierung bewußt nach auf etwas anderes hin, etwa auf die Einsetzung eines Reichskommissars oder auf den Belagerungsstand? Vor allem die demokratischen Kleinländer würden diese Methoden des okkupierten Reichstages nicht ertragen. Auch das neue Demonstrationsverbot wird die politischen Gegensätze nicht unterbinden, solange die Uniformfreiheit weiter besteht. Das Vertragen des Ausmaßes ist auf den Nationalpunkt, die wirtschaftliche Erhöhung wird immer fragwürdiger. Die Weltkammer werden zur Offensive gehen und, wenn nötig, an der Schwärzung des deutschen Namens das Strafgericht vollziehen.

Schilling (Ztr.) sprach den Nationalsozialisten das Recht ab, über Recht und Gerechtigkeit zu urteilen zu fallen, solange sie in ihren Reihen zum Hausier und Verbrecher befänden.

Die Nationalsozialisten trügen ein groß Teil Schuld an der politischen Verwilderung in Deutschland.

In Versammlungen hätten sich die Nationalsozialisten sehr der Kriegsbekämpfung angenommen, während nach den Feststellungen des Vorstehenden des Kriegsschädigten Ausschusses die nationalsozialistischen Abgeordneten die Befehle der Kriegsbekämpfung unzuständig gelassen hätten. Der Redner begrüßte das Demonstrationsverbot und erklärte, man dürfe nicht auf halbem Wege stehen bleiben; man müsse ganze Arbeit leisten. Das Zentrum wolle den Ordnungsstaat. Deshalb empfehle er die Annahme des von seiner Fraktion eingebrachten Antrages.

Oberbürgermeister Brauer: Altona (Soj.) erklärte, die in Altona gefallenen Opfer würden von allen Seiten tief beklagt. Diese Erscheinungen des grausamen Kampfes Deutscher gegen Deutsche seien aus der Mikachtung des demokratischen Staates und der Weimarer Verfassung erwachsen. Es fehle die Achtung vor der Ueberzeugung des anderen und das moralische Ringen um Anhänger mit geistigen Waffen. Die Schuld liegt bei den Extremen von links und von rechts, die sich diesem Staat feindselig gegenüberstellen. Was die Kommunisten seit 1918 geleistet hätten, habe eine blutige Saat gezeitigt. Auf der anderen Seite sei

die nationalsozialistische Bewegung vom Jahr ihres Auftretens an gewalttätig aufgetreten.

Die Kampfmittel gehörten in die Hand des Staates und nicht in die Hand politischer Parteien, und die Uniformen gehörten nicht auf den Leib der Bürger, sondern sie seien Sache der Polizei und der Reichswehr. Wenn eingeschritten werden sollte, dann

auch nach beiden Seiten und nicht allein gegen die Kommunisten. Die Reichsregierung solle alle Mittel einsetzen, um dem Kampf der Parteien wieder eine geistige Basis zu geben. Der augenblickliche Wahlkampf sei der ungeistigste, den Deutschland je gesehen habe. Hinter diesen Zuständen liege die große Gefahr der Zerschlagung der Reichseinheit. Hoffentlich seien die Opfer von Altona die letzten dieser Entwürfungen.

16 Todesopfer in Altona

Die blutigen Zwischenfälle in Altona haben inzwischen das 16. Todesopfer gefordert. Ein mit einer Kieferverletzung in ein Krankenhaus eingeliefertes junges Mädchen ist am Dienstag seinen Verletzungen erlegen.

Hamburg, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Im Laufe des Dienstag wurden 87 Personen, die bei den Altonaer Unruhen am Sonntag vorläufig in Haft genommen wurden, dem Ermittlungsrichter vorgeführt. Gegen die bisher vernommenen Personen — insgesamt sind 92 festgenommen worden — hat die Staatsanwaltschaft Haftbefehl beantragt.

SPD-Lüge über Severing

In der kommunistischen Presse wird die Behauptung verbreitet, Severing habe im Berliner Westen erklärt, daß er, um geschäftsführender Minister in Preußen zu bleiben, auch — wenn es nötig sein würde — aus der SPD austreten würde. Selbstverständlich, so habe er hinzugefügt, werde er in seinem Herzen immer Sozialdemokrat bleiben. Severing hat etwas Besseres niemals erklärt!

SPD-Lügen

Die fünf Todesopfer der kommunistischen Unruhen in dem kleinen Arbeiterstädtchen Langenfelde werden von der kommunistischen Presse zu einer neuen Sage gegen die Sozialdemokratie benutzt. Vor allem wird der sozialdemokratische Landrat von Hanau vollkommen zu Unrecht in Verbindung gebracht. Der Polizeiwachmeister, der als „Sauptschuldiger“ des Blutvergießens in der Erwerbslosenversammlung von den Kommunisten angegriffen wird, ist Kommunalbeamter der kommunistischen Gemeinde Langenfelde.

Oberster Polizeikommissar ist der augenblicklich baulandische Bürgermeister, dessen Stellvertreter der kommunistische Betriebsrat-Direktor ist.

Uebrigens sind die Zusammenstöße mit der Polizei von den Kommunisten mutwillig provoziert worden. Die Polizeibeamten haben erst geschossen, nachdem sie selbst schwer verletzt waren und in höchster Lebensgefahr schwebten.

Wahnung der Bischöfe an die Reichsregierung

Der Breslauer Erzbischof, Kardinal Szemlowitz, hat namens der in der Jubilee-Bischofskonferenz vereinigten Bischöfe an die Reichsregierung im Hinblick auf die wachsende Bedrohung des öffentlichen Friedens das Erlauchen gerichtet, dem Terror der radikalen Parteien ein Ende zu bereiten. Wörtlich heißt es im deutlichen Hinweis auf die Nazis:

„Eine nachsichtige Behandlung solcher Zustände würde die Untergrabung jener Achtung der Staatsautorität zur Folge haben, die heiliges Gebot der christlichen Ordnung ist. Es kommt hinzu, daß gerade die ordnungswidrigen Kreise der Bevölkerung unter diesem Treiben am schwersten zu leiden haben, eingeschüchtert und in ihrer staatsbürgerlichen Freiheit gewaltsam beeinträchtigt werden, und bei fehlenden wirksamen Schutzes an Achtung vor der höchsten weltlichen Autorität verlieren müssen.“

Im Inlande und Auslande wird es aufs Schmerzlichste empfunden, wie vordringend und entsetzlich ein solches Treiben auf weiteste Kreise, namentlich auch auf die heranwachsende Jugend wirkt, deren edle sittliche Bildung seitdem stets als Kleinod der staatlichen Aufgaben betrachtet wurde.

Auch das darf erwähnt werden, daß gerade diejenigen Parteien am gewaltsamsten auftreten, von denen für die Zukunft den christlichen Volksgütern die größten Gefahren drohen, und von denen insbesondere für das Verhältnis der Staatsgewalt zur katholischen Kirche das Schlimmste zu befürchten ist, zum Verderb von Volk und Vaterland.“

Die Konferenz der Landwirtschaftsminister

Die Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister in München befaßte sich eingehend mit der schwierigen Lage der deutschen Landwirtschaft und den dadurch bedingten ersten Rückwirkungen auf die gesamte Wirtschaft.

Im Anschluß an ein Referat des Reichsernährungsministers Freiherr von Braun wurden alle wichtigsten aktuellen Fragen durchgesprochen. Insbesondere wurden die Verhältnisse in der bäuerlichen Veredelungs- und Wirtschaft, das Vieh- und Milchviehwirtschaft, Wein, Obst- und Gemüsebau sowie die Lage der Holzwirtschaft behandelt. Mit Nachdruck wurde von allen Seiten betont, daß bei diesen Erzeugnissen sich die Verhältnisse besonders verhängnisvoll gestalten hätten. Die Schutzmaßnahmen anderer Länder hätten im zunehmenden Maße zu einem immer größeren Angebot ausländischer Waren auf den deutschen Märkten geführt. Auch die beste Weltorganisation, die allerdings in Deutschland vielfach noch nicht erreicht ist, sei nicht in der Lage, sich gegen die derzeitige ausländische Schuttdenken zu behaupten.

Die Konferenz vertrat den Standpunkt, daß neue harte Maßnahmen zum Schutz der bäuerlichen Erzeugnisse nicht entbehrt werden könnten und deshalb mit Beschleunigung geschaffen werden müßten. Gelänge es nicht, in Kürze Hilfe zu schaffen, dann würde die Gefahr von Versorgungs-schwierigkeiten und daraus folgende die Gefahr von Versorgungs-schwierigkeiten und unerträglicher Preissteigerungen bedrohlich. Unter diesem Gesichtswinkel begrüßte die Konferenz die Lösung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages, die Befestigung der Zwischengänge für Speck und Schmalz und die Kontingentierung der Futtermittelzufuhr als einen Anfang zur Erleichterung eines wirksamen Schutzes der land- und forstwirtschaftlichen Produktion. Die Konferenz gab schließlich der Erwartung Ausdruck, daß auf diesem Weg mit Tatkraft fortgeschritten werden müsse, zumal die unverändert anhaltenden protektionistischen Tendenzen in der Welt und die unermittelte Weltkrise uns immer mehr auf die Wiederherstellung und Pflege des Binnenmarktes hinweisen.

Beschwerde gegen Verbot der „Reichsbanner-Zeitung“

Gegen das auf Veranlassung des Reichsinnenministers ausgesprochene Verbot der Reichsbanner-Zeitung ist nam Reichsbanner-Verband Beschwerde eingelegt worden. In der Beschwerde wird u. a. mit Nachdruck dagegen protestiert, daß für die ganze Dauer eines ungeschicklichen Beschlusses das einzige Organ eines viele Hunderttausende von republikanischen Franzosen und Kriegsteilnehmern umfassen Bundes gewaltsam ausgeschaltet wird.

Schweres Explosionsunglück in Amerika

Im Lawrence-Fluss, nahe der Alexandria-Bay explodierte bei Unterwasserarbeiten eine Dynamitladung von dreißig Zentnern vorzeitig. Drei Arbeiter wurden getötet, zehn schwer verletzt. Die Bark, auf der sie sich befanden, wurde völlig zerrissen. Die Explosion war meilenweit zu hören.

Ein Zollbeamter tot aufgefunden

Der Zollbeamte Stief von der Zollstelle Kummel wurde heute in der Nähe von Strassen, Kreis Geldern, erschossen aufgefunden. Neben dem Toten lag sein Dienstrevolver. Ob ein Unfallsfall oder ein Verbrechen vorliegt, konnte bisher nicht festgestellt werden. Ein Selbstmord erscheint nach dem Urteil der Freunde des Toten ausgeschlossen.

Explosionsunglück in Zürich

Bier Schwerverletzte

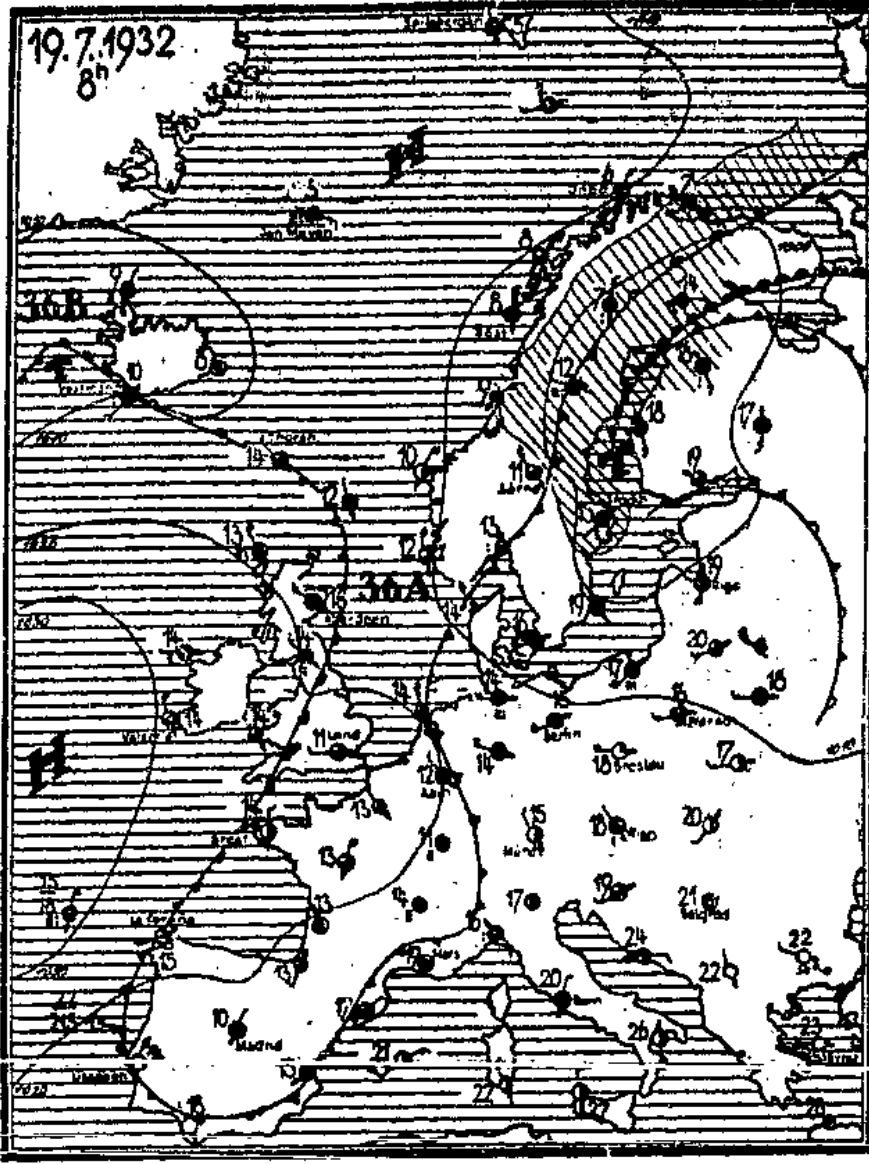
In einem chemischen Laboratorium in Zürich ereignete sich gestern eine heftige Explosion. Drei Angestellte der Firma wurden schwer verletzt. Ein Postbote, der im Augenblick der Explosion vorüberfuhr, wurde von seinem Rade geschleudert und erlitt ebenfalls schwere Verletzungen.

250 Räuber

Eine schwerbewaffnete Räuberbande von 250 Mann drang in die Nicaragua-Niederlassung der nordamerikanischen United Fruit Co. am Rio Grande-Fluss ein, raubte alles, was nicht mit und nagelsteht war und richtete ein furchtbares Zerstörungswerk an. Ebenso verunstalteten die Räuber verschiedene in der Nähe gelegene Farmen. Ein Gutsvorwarter und sieben Angestellte wurden getötet, drei Frauen entführt.

Die Cholera in China

Dem Washingtoner Staatsdepartement sind Nachrichten über eine Cholera-Epidemie in China zugegangen, nach der bisher allein in den Städten Tientsin, Nanking und Schanghai mehr als 2000 Personen, darunter 25 Ausländer, erkrankt sein sollen. 200 Kranke sollen gestorben sein.



Wasserstand

	19.7.	20.7.	19.7.	20.7.
Ratibor	1.82	1.30	Kanern (Unter-Wege)	2.52
Nelle (Stadt)	0.47	0.50	Doberschütz	1.46
Reißenbüsch (Unt.-Wege)	1.76	1.90	Abflusmenge sekundlich	1.11
Strieg (Wallenstr.)	2.45	2.37	Nützenberg vom 19.7.	0.79
Tschelch	1.02	1.14	Wärmewärme + 21,2.	

Arbeiter-Sport

Wasserport

Freie Schwimmer Breslau. Trainingsmannschaft heut Mittw. 18 Uhr, im Poseidon-Bad. Donnerstag, 21. 7.: Wasserball, Spiel Nord II - West I im Poseidon-Bad.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund Brodau-Tschau. 22. Juli, 20 Uhr. Vereinsversammlung bei Taube, Rennfahrer um 18,30 Uhr. 21. Juli: Babetour. Abfahrt um 14 Uhr von Taube.

Athletik

Arbeiter-Athleten-Bund, 1. Bezirk. 23. Juli, Lokal Friedler, Schweitzerstraße 10, Bezirksversammlung. Anfang 20 Uhr.

Ämtlicher Wetterdienst des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieger

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)

In den vergangenen 24 Stunden kam es besonders in Nieder-Schlesien meist geringen Regenschauern. Da die Großwetterlage keine Besserung erfährt, so haben wir mit anhaltender Zufuhr maritim-subpolarer Kaltluftmassen zu rechnen. Besonders in Nieder-Schlesien wird es zu weiteren Regenfällen kommen, während in Mittel- und vor allem in Ober-Schlesien infolge von Föhnwinden zeitweise aufhellendes Wetter zu erwarten ist.

Aussichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:
Bei böigen westlichen Winden und wechselnder Bewölkung besonders in Nieder-Schlesien Regenschauer, überwiegend kühl.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:
Zeitweil westlicher Wind, neblig-wolfig, weitere Regenschauer, kühl.

Sonnenaufgang: 4,1 Uhr. Sonnenuntergang: 20,10 Uhr.

Geschäftliches

Moderne Frauen machen das andere! Die haben das lästige Einseifen mit dem anstrengenden Vorwischen längst über Bord geworfen. Es gibt heute eine viel einfachere Methode, den Schmutz zu lösen, bei der man sich sogar ins Seifenbad legen kann: Einweichen der Wäsche über Nacht mit Senta, Senfels Wäsche, oder Gelfo-Soda. Morgens ist der meiste Schmutz herausgegangen und was jetzt noch zu machen ist, weiß jedes Kind: Ein Viertelkündchen lösen - 10 einigmalig Perfl.

Sanitäten-Anzeigen

Statt Karte!

Am 11. Juli verschied nach kurzem, schwerem Leiden, jedoch unerwartet in der Blüte ihres Schaffens meine herzengute, lebenslustige liebe Frau, Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Martel Ros

geb. Laßmann

acht Tage nach ihrem 44. Geburtstag.
In tiefstem Schmerz:
Breslau, Leuthenstr. 17, Hubbard (Ohio) U. S. A.

Karl Ros als Gatte
und Tochter **Elisabeth** nebst Gatten **Karoline Laßmann** als Mutter
Beranna Säiler u. **Frau Emma** geb. Laßmann
Fritz Aretz u. **Frau Anny** geb. Laßmann
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Deutscher Bauwerksbund

Am 18. Juli 1932 verstarb unser langjähriges Mitglied, der **Ofensetzer**

Richard Schacher

im Alter von 53 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Bauwerkschaft Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, den 21. Juli, 15.15 Uhr,
von der Kapelle des Maurerfriedhofes am Lerchenberg aus.

Lebensbilder erzählt von Willy Cohn

Karl Marx 60 Pf.

Buchhandlungen Volkswacht, Breslau.

Zurückgeschickt

Dr. Hauptmann

Rosenhainer Straße 49

Kaufhalle Volkswacht

Modernes Antiquariat

Kaßstr. 3. am Kramstr. 5

Billige Schlafzimmer

solide Herstell., mod. Formen

Eiche 495, 535, 585 A

585, 635, 685 A

595, 635, 685 A

765, 875, 985 A

S. Brandt & Co.

Gartenstraße 45, 1.

(neben Capitol)

Theodor Stolle's Morgen
GARTEN-KONZERT-TANZ
BRESLAU GRÄBSCHENER STRASSE 203
Donnerstag:
Gräbschener
Kinder-Schützenfest
Sammelplatz: Nachmittags 3 1/2 Uhr (15 1/2 Uhr) Koch-Ecke Gräbschener Straße. Von da Abmarsch mit 8 Kapellen zu Preisschießen!
Ausrichtung des Schützenkönigs sowie -königin.
Je 3 wertvolle Preise für Knaben und Mädchen.
Eintritt Erwachsene frei, Kinder 15 Pf.

Die „Frauenwelt“ den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

Die große Funkillustrierte für das schaffende Volk:

VOLKSFUNK

Reich illustrierter Textteil, mit großem Europaprogramm

VOLKSFUNK

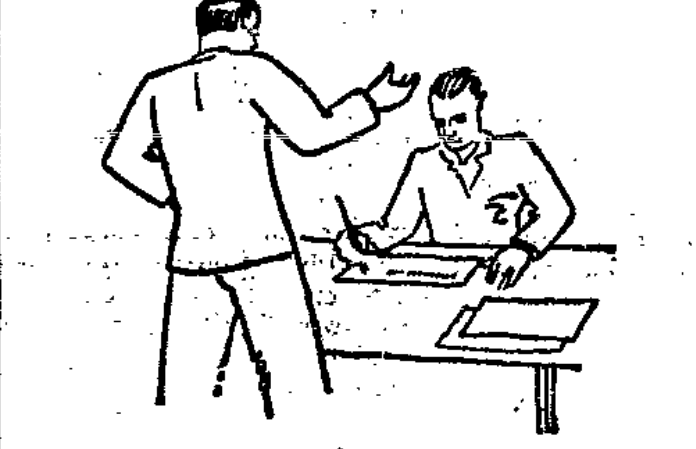
Erscheint wöchentlich, 48 Seiten stark, in Kupfertiefdruck

VOLKSFUNK

Einzelnummer 25 Pf., monatl. 96 Pf., einschließl. Bestellgeld

Bestellungen bei den Zeitungsträgern

Brauchst Du Geld, Sel ohne Sorgen,
Leihhaus Wachtel
Wird Dir borgen
Geld auf Pfänder aller Art
Schmiedebrücke 64/65, 1. Etage - Tel. 242 19



So geht das nicht weiter!

Wir haben an der falschen Stelle gespart, unserer Konkurrenz die Taschen gefüllt. Von morgen an erscheinen unsere Anzeigen wieder in der unentbehrlichen Volkswacht!

Agitations-Material der S. P. D.

Fraser: Wer hat uns verraten? 10 Pf.
Volkswacht-Buchhandl., Flurst. 4

1000 Worte Hitler nur 10 Pf.
Volkswacht-Buchhandl., Flurst. 4

Was Jeder brüt vom Messer Nazi! 10 Pf.
Volkswacht-Buchhandl., Flurst. 4

Dr. Helmut Klotz: 10 Pf.
Hitlers Sozialismus! 10 Pf.
Volkswacht-Buchhandl., Flurst. 4

Was ist? 10 Pf.
Marxismus
Volkswacht-Buchhandl., Flurst. 4

Der Jud' Ist schuld! 10 Pf.
Volkswacht-Buchhandl., Flurst. 4

Nach der Nacht Gerungen Messer 10 Pf.
Volkswacht-Buchhandl., Flurst. 4

Diktatur! 10 Pf.
Volkswacht-Buchhandl., Flurst. 4

Adolf Hitler 10 Pf.
Volkswacht-Buchhandl., Flurst. 4

Deutschland erwacht! 10 Pf.
Volkswacht-Buchhandl., Flurst. 4

Bargeld sofort aus! Motorräder, Fahrräder, Nähmaschinen, Schreibmaschinen, Radioapparate pp.
Keine Einsteilgebühren
Lehmann Rubenstr. 24
Tel. 528 19

Die kleine Anzeige die Du aufgeben magst, wenn Du nicht, verkaufen und lernen willst, gehört in Deine Zeitung in die **Volkswacht!** Dort ist sie wirksamer als in der kleinsten Zeitung und bringt Dir **bestimmt Erfolg!**

Reichsverfassung? - 1932?

Um sie geht der Kampf heute! Hier das Material zu ihrer Verteidigung! - **Lies:**

Weimar - trotz alledem!

Das aktuelle Reichsverfassungsvervort von Genossen **HANS BOSLAR** Ministerialrat und Presid. Pressesekretär

Keine langatmigen Erklärungen - Keine trockene Juristerei!

Preis **60** Pfennig

Volkswacht-Buchhandlung, Flurestraße 4/6

Wir bringen heute wieder einige Schlager **prakt. Bedarfsartikel spottbillig!**

Salizyl-Pergament-Papier 100 Blatt fettreiches Butterbrotpapier
Inhalt 2 Bogen, zum Einwickeln .. nur **10** ,
gest, unsere bekannte Qual., nur **17** ,

Großer Schreibblock 5 Stück ff. Toilettenseife
100 Blatt holzfrei, kar. od. glatt, nur **48** ,
in Zellphanteil .. nur **29** ,

Unsere Schlagerpackung! 1 Scherort, 1 Riegel Kerntulle 400 Gramm schwer u. 1 Pinsel - Packung Salmiak - Terpentin-Solenseife, zw. nur **45** ,
1 großes Einkaufsnetz stark Bindst., dkl. Farb., m. Grill, nur **39** ,

Leder-Portemonnaies Riesenposten Hemdenpasen
f. Dam. u. Herr., in versch. Aust., nur **39** ,
Stück- und Klippel-spitze, Achsel-schluß od. Trägerl., 48, 28, 18 **12** ,

Waschkunstseidene Damenstrümpfe Herren-Schweißsocken
darunt. g. hochwert. Qual., alle modern. Farb. Paar nur **78** ,
gute, wollgemischte Qual., für empfindl. Füße, Paar nur **38** ,

Stoßtüchsortimente Maschinengarn
in Baumwolle oder mit Seidenglanz, Karton = 10 oder 8 Rollen nur **17** ,
4fach, schwarz und weiß 1000 m 200 m Rollen nur **35** , nur **9** ,

Mollige Wanderdecken 000is- u. Reisekissen
in gedeckten Farben, durchweg Stück **95** ,
mit bunt gemust. Bezügen, gute Füllung, auch als Sitzkissen bes. geeignet ... Stück **48** ,

Gummi-Badeschuhe Einkochapparate
in allen Farben, f. Damen u. Herren Paar **85** für Kinder durchweg .. Paar nur **48** ,
pa. verzinst, komplett mit Thermometer und 6 Federn so-wie 1 Buch ... **3.60**

Einkochgläser gute, helle Ware, mit Deckel u. Gummiring
eng 22 24 28 30 33 36 Pf.
weit 26 28 30 38 45 Pf.

Einsiegeflaschen helles Glas mit Patentverschluss
1/2 5 9 10 12 14 18 Pf.

MESSOW b. H. HALDSCHMIDT
Schmiedebrucke

Abrechnung mit den Volksbetrü gern!

Ueberfüllte Heilmann-Rundgebung in der Jahrhunderthalle

Die wahren Urheber der letzten Mordtaten sind die zum Mord hehenden Nazi-Führer — Sind schon Braune Häuser und Nazi-Druckereien gestürmt worden? — Hat die SPD, 1918 gemordet? — Das Affentheater der Nazis im Landtag — Rummert Euch auch um die Notverordnungen nach dem 31. Juli!



Gestern marschierte wieder das in der Eisernen Front ver- einte werftätige Breslau zu einer gewaltigen Rundgebung. Trotz des Demonstrationsoberdotes wurden An- und Abmarsch zu einer riesigen Demonstration. Wenn 15 000 Männer und Frauen, Burschen und Mädels nicht in geschlossenen Reihen marschieren können, dann wälzt sich diese Menschenwoge eben auf den Fuß- wegen an ihr Ziel und die hier in den Zufahrtstrassen nach der Jahrhunderthalle verdichtende Menschenstrom kommt an Wucht einer geschlossenen Demonstration gleich. Lange vor Be- ginn war die Tiergartenstraße von den Massen beherrscht. Ein Laufend nach dem andern wurde von dem Riesenbau auf- genommen. Als um 20 Uhr der Führer unserer Preußenfraktion, Genosse Ernst Heilmann erschien, war die Halle dicht besetzt und stürmischer Beifall empfing den Redner. Inzwischen hatten sich auch die Genossen, die bei den Kämpfen des vorletzten Sonntags in Kanth niedergebrosen wurden, eingefunden und hilflose Hände hatten sie auf ihre Blöße geleitet, da sie sich noch nicht selbst fortbewegen können. Ein ehrenvolles Bekenntnis der Ge- nossen Winkler, Wenzel und Wilde, die es sich nicht nehmen ließen, trotz der noch zu erduldenen Schmerzen bereits wieder dabei zu sein, wenn die Eisernen Front marschiert. Auch die von den Augen der braunen Bestien in Raschsch niederengebrosenen Jugendgenossinnen Schaal und Paul waren wieder dabei. Sie konnten, trotz ihrer schmerzhaften Verletzungen aber bereits wieder in Reih und Glied der Jungen Front marschieren.

Der Einmarsch der Altinformationen der Eisernen Front, der die Rundgebung eröffnete, war noch wichtiger, als bei der letzten Veranstaltung. Die Massen, die in einer der Kampfsäulen marschieren, waren unmöglich auf der großen Orgeltribüne unter- zubringen. Töfender Beifall rauschte durch die Halle, als die Spitze des nach Tausenden zählenden Juges den Rundbau betrat. Die Sturmflaggen der Partei, des Reichsbanners, der Gewerk- schaften und der Arbeiterportier symbolisierten mit ihrer Größe den Willen der ihnen folgenden Marschkolonnen. Reichsbanner- jugend, Junge Front, Arbeiterportier, Frauenvortrupp, Ver- treter der Hammerkämpfer der Gewerkschaften und zum Schluß die Kolonnen des Reichsbanners. Jede Gruppe empfingen neue Bei- fallstürme, die sich besonders steigerten, als ein Dreifarb-Ab- zeichen von riesiger Dimension von zwei Genossen in blauer Bluse und unser gewaltiges Freiheitsstransparent in die Halle getragen wurden. In eine halbe Stunde wahrte der Einmarsch, der mit jeder Rundgebung größer wird und immer neue Hammerkämpfer mit sich führt. Gestern fiel erstmalig die Fahne des Gesamtverbandes auf, die mit dem gekügelten Rad geschmückt, an die alte Lösung erinnerte, daß alle Wäder still stehen, wenn die starken Arme des Arbeitsmannes es wollen.

Kamerad Herrmann vom Reichsbanner eröffnete die gewaltige Rundgebung mit dem Hinweis, daß die „Schlesische Zeitung“ diesmal von 1500 Besuchern berichten könne. (Stürmischer Beifall.)

Die anwesenden Opfer des Naziterrors

von denen der Genosse Josef Winkler das Wort ergreifen werde. Das Reichsbanner hat Opfer über Opfer im Kampfe für die Freiheit gebracht. Wir wollen unsere Kraft aber nicht auf der Straße verjetteln, sondern halten auch bereit, auf den Ruf der Führer den entscheidenden Schlag zu führen. Die größte Verlustliste wird Adolf Hitler am 31. Juli zu Gesicht bekommen, wenn die Resultate der Wahl aus der Urne steigen. (Stürmischer Beifall.) Die Versammlung erhebt sich und die Fahnen senken sich im Andenken an den ermordeten Genossen Erdmann Tille. Das Wort ergreift dann zunächst Genosse

Josef Winkler

Er begrüßt die Versammlung mit dem Rufe der Eisernen Front und sagt, er wolle vor der Versammlung bekunden, daß trotz seiner Verwundungen sein Kampfesmut nicht gelähmt ist. Dasselbe bekundet er von den anderen Verletzten von Klentendorf und Kanth. Die Behandlung der Naziofoper im Kanther Kranken- haus sei schlecht gewesen. Der Kreisarzt sei mit dem Hakenkreuz an die Opfer des Terrors herangetreten. (Allgemeine Entrüstung.) Das Wort ergreift sodann

Landtagsabgeordneter Ernst Heilmann:

Sie hoben aus dem Munde der Genossen Herrmann und Winkler bereits vernommen, daß am 31. Juli eine Wahlkämpf in des Wortes wahrster Bedeutung geschlagen wird. Nach jedem blutigen Zusammenstoß ist in der Presse die Schuldfrage erörtert worden. Dabei erweisen sich die Spezialisten der Kriegsschuld- läge auch als die Spezialisten der Schuldfrage im Bürgerkrieg. Wir brauchen nicht zu untersuchen, wer bei dieser oder jener Gelegenheit den ersten Schlag getan hat, die Ursachen der Blut- schuld, der Gewalttätigkeiten und der Morde liegen tiefer. (Zurufe: Regierung Hitler-Papen!) Am 9. November 1918 hielten wir die Macht in Händen. Die Sozialdemokratie hätte denken, morde den hinrichten können, wenn sie wollte. Ich will die Frage nicht aufwerfen, ob es politisch klüger gewesen wäre, brutal vor- zugehen, meiner Meinung nach haben wir aber recht getan, wenn wir an unserem Grundgesetz der Feindschaft gegen die Todesstrafe festhielten.

Wenn wir Ludendorff gehängt hätten, dann hätten wir ihn gehindert, später Reichstagsabgeordneter und Kandidat zur ersten Reichspräsidentenwahl zu werden. Wir hätten ihn gehindert, sich bis auf die Knochen zu blamieren. Er wäre ein nationaler Held geworden, während heute dieser Egnazi

der allgemeinen Lächerlichkeit verfallen ist. Eine Partei, die in ihrer unumschränkten Gewalt vom November 1918 niemanden getötet hat, ist wohl über den Vorwurf der Gewalttätigkeit erhaben.

Und noch ein Beitrag zur Schuldfrage: Wiesiel Braune Paläste hat denn das Reichsbanner bisher in Deutschland gestürmt und verwüstet? Auch nicht einen! Aber wieviel Gewerkschaftshäuser und Arbeiterheime sind nicht schon von den braunen Herden gestürmt und verwüstet worden!

Hagenow und Ederförde sind nur zwei Beispiele vom letzten Sonntag. Auch jetzt wollen wir uns zu keinerlei Gewalttätigkeiten hinreißen lassen. Ich habe kein Wort der Verurteilung gegen die, denen unter den fortgesetzten Provokationen die Geduld reißt. Aber wie unter dem Sozialistengefetz kann unsere Parole nur sein:

Laßt euch nicht provozieren!

Einem freien Wahlfesttag hat die Reaktion mit einem Blut- bade zuvorzommen wollen. Das arbeitende Volk wird diesen Kriegen den Gefallen nicht tun. Wir haben in den Tagen des Zusammenbruchs den Bürgerkrieg von Deutschland ferngehalten, heute stehen wir gegen den Bürgerkrieg, für inneren Frieden und Freiheit.

Die Zentrumspartei hat die Parole für Freiheit und Ord- nung herausgegeben. Auch wir heißen diese Parole gut, weil Freiheit nur im Rahmen der Ordnung möglich ist. Deshalb be- kämpfen uns die Kommunisten. Sie nennen sich Antifaschisten der Tat, während wir nur Antifaschisten des Wortes sein sollen. Es kommt darauf an, was man unter Tat versteht. Ich sehe keine Tat darin, wenn die Kommunisten im Landtag eine Prügelei anfangen und dabei Keile kriegen. Ich sehe auch keine Tat darin, wenn die Kommunisten gegen Polizeibeamte schießen, hauen und stechen, die doch nur als uniformierte Proleten ihren Dienst tun (Verbäfter Beifall). Eine Tat wäre es, wenn die Kommunisten den Nazis eine Million Stimmen wegnehmen würden; durch ihre Gewalttätigkeiten aber treiben sie ihre eigenen Anhänger ins falsche Lager.

Man hat daran gedacht, die kommunistische Partei zu ver- bieten, aber man ist davon wieder abgekommen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat als Grund angegeben, daß kein Mensch im Unternehmertum ein Interesse daran hätte, daß die kom- munistischen Wähler sozialdemokratisch stimmen, daß ein Verbot der kommunistischen Partei zu einer Stärkung der Sozialdemo- kratie und der Eisernen Front führe.

Der Pakt zwischen der Regierung Papen und Hitler

steht im Mittelpunkt des Wahlkampfes. Der Redner behandelt ausführlich die den Lesern der „Volkswacht“ bekannten Ab- machungen zwischen Hitler und der Regierung der Barone und kommt dann auf die „Arbeit“ der 162 Nazis im Landtage zu sprechen. Geleistet haben sie nichts für das Volk, weder für die Arbeiter, noch für die Bauern. Abgesehen von Kadau und Schlägerlei ist alles, was die Nazis tun, vollendeter Unfönn.

In einem Tage wird am Vormittag beschlossen, alle Einkommen über 12 000 Mark wegzukauern. Am Nachmittag wird dann beschlossen, daß von allen Einkommen über 100 000 Mark eine Egratsteuer von 10 Prozent zu erheben ist. Und nachts um 4 Uhr wird beschlossen, daß Vermögen aller Parteibuch- beamten wird in doppelter Höhe beschlagnahmt.

(Große Heiterkeit!) Wenn also Adolf Hitler, Regierungsrat in Braunschweig und wohnhaft in München, auf der letzten Auto- mobilausstellung den teuersten Mercedes-Wagen für 42 000 Mark kaufte, soll er nun zwei Wagen abliefern. (Stürmischer Heiter- keit!) Mittags 12 Uhr wird im Landtage beschlossen, die sozial- demokratischen Polizeipräsidenten in Berlin, Köln und Frankfurt sind sofort zu verhaften und wegen politischer Schandtaten vor ein deutsches Gericht zu stellen. Eine halbe Stunde später wird eine allgemeine Beamtenamnestie beschlossen, kein Beamter hat sich wegen politischer Verfehlungen zu verantworten. (Erneute große Heiterkeit.) Da wird beschlossen,

Und Sonntag vormittags 10 Uhr, spricht trotz des auf ihn verübten Attentats Otto Bauer Wien

daß alle Börsen zu schließen sind, und dann beschließt man, daß alle Börsenbesucher, die falsche Berichte verbreiten, mit Zuchthaus bestraft werden. Diese Partei nimmt sich selbst nicht ernst, Kubo hat dann auch gejagt, daß das alles ein Affentheater ist. Als die Nazis aus dem Reichstage einmal auszogen, weil sie das Affentheater satt hatten, sagte der Vizepräsident, daß nach ihrem Auszuge keine Affen mehr da seien. (Stürmische Heiterkeit.)

Der Redner beleuchtet weiter ausführlich die „Arbeit“ der Nazis im Reichstage und Landtage, und behandelt dann die Tolerierung der Regierung Papen und ihrer Notverordnung durch die Nazis. Die Nazis behaupten zwar, daß sie nicht hinter der Regierung Papen ständen, aber wer steht denn sonst noch hinter dieser Regierung.

Wenn sich die Papen und Schleicher als Partei zur Wahl stellen wollten, würden sie nicht einmal soviel Stimmen erhalten, als die Partei Eckstein.

Die Nazis sagen, das Kabinett Papen sei aus dem Schoße des Reichspräsidenten hervorgegangen. Naturtundlich nimmt sich das recht komisch aus, man muß dabei an Röhm und Heines denken. (Stürmische Heiterkeit.) Ein französisches Sprichwort sagt, die Mutter kennt man, aber den Vater nicht. Hier ist es umgekehrt; man kennt Adolf Hitler als den Vater des Kabinetts Papen. Allerdings schwört er die Vaterlichkeit ab, wie er die Kaiser- hochrechnung abgelehnt und seine Legalität beschworen hat.

Ihr seid empört über die Notverordnung und das mit Recht. Rummert euch aber auch um die nächste Notverordnung, die nach einem Hitlersturz kommt. Aus der Nazipresse ist bereits zu ersehen, daß man eine Margarinesteuer und einen Heringszoll ein- zuführen gedenkt, in beiden Fällen eine neue schwere Belastung der arbeitenden Bevölkerung

Die weiteren Ausführungen des Redners galten der Laujaner Konferenz und dem vollkommenen Versagen Papens. Dabei habe er es außerordentlich leicht gehabt. Er hätte nur sagen brauchen: Wie schon mein Vorgänger Brüning gesagt hat, kann Deutschland nicht mehr zahlen. Uebrigens bezahlt doch Deutschland schon seit einem Jahre keine Reparationen, ist deshalb aber unter Glend geringer geworden? Mit der Notverordnung und Loufanne haben wir die erste Kollprobe vom Dritten Reich; sie hat allenthalben im Volke den Geschmack dafür gründ- lich verborben. Als einzige Gabe bietet man dem Volke

die Arbeitsdienstpflicht.

Die Nazis sagen, sie wollen die Arbeitslosigkeit abschaffen. Die Kommunisten sagen auch, Rußland sei das Land ohne Arbeits- losigkeit. Im Zuchthaus gibt es auch keine Arbeitslosigkeit, jeder muß sein Benjum machen. Uns kommt es darauf an, daß für geleistete Arbeit auch ein Lohn gezahlt wird, der es gestattet, menschenwürdig zu leben (Verbäfter Beifall).

Der Vortrag wurde durch langanhaltenden und begeisterten Beifall belohnt. Parteisekretär Schwann gab bekannt, daß die Eiserne Front unseres Bezirks den heiligen Kameraden eine Fahne stifet, die vor der Versammlung entkültet wurde und große Begeisterung weckte.

Beinah hätten wirs übersehen Die pimperlwichtigen Sapler hielten zu gleicher Zeit Familientag im Schieferwerder ab.

Um acht Uhr sollte die Rundgebung gestern im Schief- werder beginnen, um acht Uhr war der Saal noch fast leer. Erst gegen halb neun Uhr begann er langsam etwas voller zu werden. Als Eckstein dann nach langem Jögern die Versammlung er- öffnete, werden vielleicht 3-400 dagewesen sein. Wenn man da- von noch etwa 100 bis 150 Kommunisten abrechnet, so muß man schon sagen: das war mehr als kläglich. Ueberhaupt lag eine Trostlosigkeit über der Versammlung, wie sie dem, der die mäch- tigen, wichtigen und begeisternden Aufmärsche der Eisernen Front mitgemacht hat, unverkündlich ist. Keine Fahne war zu sehen, kein Transparent mahnte an die Forderungen der Partei. Ueber das, was Fortune redete, läßt sich nicht viel sagen. Unklar und unklar, wie eben ein Sapler jetzt vor den Wahlen nun einmal ist, so auch dieses ehemalige M. d. R. der SAP. Nach der einen Seite lobte er die Sowjetunion und propa- gierte die Einheitsfront, nach der andern Seite wurden SPD. und KPD. kräftig geohrfeigt. Natürlich muß immer noch die Tolerierungspolitik herhalten. Natürlich wird immer noch auf die Führer geschimpft. Wie weit man damit gekommen ist, das hat am besten die Versammlung selbst gezeigt. Ein SAP- Arbeiter sagte zum andern leise: die mögen wohl alle in der Jahrhunderthalle sein — und damit wollte er den schlechten Bei- such seiner Versammlung entschuldigen.

In der Diskussion sprang ein Kommunist à tempo in die Einheitsfrontdebatte. Heraus kam aber dabei nur, daß einer immer dem anderen vorwarf, im Trüben fischen zu wollen. Wer das miterleben mußte, der wurde von neuem davon überzeugt, daß es eben nur eine Einheitsfront gibt, und das ist die Eiserne Front.

Eins aber hat die gestrige Versammlung der Sapler be- wiesen, auch in Breslau wird in kurzer Zeit die SAP. das sein, was sie im übrigen Deutschland schon längst ist: eine Epi- lode, an die man leise lächelnd zurüdenken wird.

Prüfe alle, dann erkennst Du, daß CLUB 31 viel besser ist!

Jugend, „erziehung“ im Dritten Reich

Wie die Nazis die Kinderseele sittlich verrotten und vergiften, davon haben am Sonntag, dem 10. Juli, die Götlicher Faschisten ein kaum zu überbietendes Schauspiel gegeben.

In diesem Zuge war das gesamte Nazi-Jugendvolk aus Stadt und Kreis Götlich zusammengetrommelt worden, um in dem städtischen Vororte Biesnitz eine „Jugendvolk-Rundgebung“ zu veranstalten, an der etwa 300 Knaben im Alter von 8 bis 14 Jahren, darunter Kinder bis herab zu fünf Jahren, teilnahmen.

Die Kinder versammelten sich unter Vorantritt einer Kinderfahne. Dann sah man einen als Götlichen aufgeputzten Jungen, dem ein anderer Junge mit einem Kreuz, an dem einige rote Knochen baumelten, folgte. Zwei weitere Jungen martinierten durch schreiende Pöbel und Reiter. So erfolgte der Umzug um den Platz.

Entsetzt haben die Eltern, die als Nazianhänger diesem Spiel beizuhören, dem Berichtshörer der „Götlicher Volkszeitung“ erklärt: „So etwas von Rohheit hätten wir nicht für möglich gehalten, nein, dazu geben wir unsere Kinder nicht her; damit hat der Nationalsozialismus eine Schranke aufgerichtet, die wir nicht übersteigen, an der wir umkehren.“

Waffenscheininhaber brauchen Waffen nicht anmelden

Der Regierungspräsident weist, um Mißverständnissen vorzubeugen, darauf hin, daß sich die Verpflichtung zur Anmeldung von Waffen und Munition nicht auf jene Personen erstreckt, die entweder kraft ihres öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses oder auf Grund eines Waffenscheines bzw. eines Ermächtigungsscheines zum Führen von Schuss-, Hieb- und Stoßwaffen berechtigt sind.

Schlesische Zeitung regt sich unnötig auf

„Warum haben die Behörden in Schlesien, schreibt die „Schlesische Zeitung“ vom Montag, nicht mit der gleichen vorbildlichen Genauigkeit, wie es in Ostpreußen geschieht, die Verantwortlichkeit über die Ohlauer Vorgänge aufgefächert? Warum haben die schlesischen Behörden gebuddelt, daß die marxistische Presse gelangt die ruchloseste Volksverhetzung geübt hat, indem sie die bestialischen Schandtatenden des roten Mobs hat verherrlichen dürfen und die Ehre der ermordeten und schwer verwundeten SA-Leute in geradezu leichtfertiger Weise hat in den Staub ziehen dürfen?“

Daß die „Schlesische Zeitung“, die ja durch die Personalunion ihres politischen Lokalreporters Lukas mit der Pressestelle des Fernmörders Heines nunmehr in engerer offizieller Beziehung zum Nationalsozialismus steht, sich bemüht aus dem Fall Ohlau politisch Kapital zu schlagen, ist ja an sich verständlich. Nicht minder verständlich erscheint es, daß Herr Balk und seine Schreibgenossen in dem ehemals konservativen Blatt alle bestialischen Schandtaten solcher Leute die mit roten Kreuzen behaftet durch die schlesischen Lande ziehen, in ihr politisches Unterbewußtsein verdrängen und als nicht vorhanden behandeln.

Daß die „Schlesische Zeitung“ ihr eigenes Veröffentlichen für so beschränkt hält, nicht zwischen den Funktionen eines Oberpräsidenten und eines Polizeipräsidenten unterscheiden zu können, ist entschieden bedauerlich, wenn die ruchlosen Marxisten auch dabei mit Genugtuung feststellen können, daß dem marxistischen Polizeipräsidenten von Ostpreußen „vorbildliche Genauigkeit“ bescheinigt wird.

Ein Radfahrer gesucht zur Aufklärung des Kobeler Mordes

Die Ermittlungen der Mordkommission in der Mordtatsache Staßfurt-Kobeler Mordbauern noch an. Gesucht wird ein stammscheiner Radfahrer, der in der Tatnacht nach den bisherigen Feststellungen von drei Zeugen in eiliger Fahrt nach dem Tatort zu beobachtet worden ist. Dieser Radfahrer wird dringend als Zeuge benötigt und gebeten, sich bei der Mordkommission in Koblenz zu melden.

Der nasse Tod

Im Gebiet erkrankt der in einem Ganslauer Gartenbau betriebe beschäftigte Gärtner Paul Tiede. Er war erkrankt ins Wasser gegangen und hatte einen Schlaganfall erlitten. Seine Leiche konnte nach längerem Suchen geborgen werden. Im Kreis Oppeln führte der Bitterarbeiter Knopp aus Furrow, der im Sudowitzer Wasser geist, hatte plötzlich ins Wasser

und erkrankt. Am Ufer sah kein achtjähriges Töchterchen, das dem Ertrinkenden keine Hilfe bringen konnte. Die Leiche wurde am nächsten Tage geborgen.

Ein Kind

von einem stürzenden Pfeiler erschlagen

In einer Ortschaft in der Nähe von Leobschütz vergnügte sich mehrere Knaben damit, auf ein Hofsturz zu klettern und es dann in Bewegung zu setzen. Plötzlich stürzte der aus Ziegeln gemauerte Pfeiler um und begrub drei noch nicht schulpflichtige Knaben unter sich. Zwei von ihnen erlitten nur leichte Verletzungen, während dem dritten der Kopf völlig zertrümmert wurde, so daß das Kind auf der Stelle tot war.

Vom Blitz erschlagen

Auf dem Oberwerk von Dyhernfurth, Kr. Wohlau, wurde ein Arbeiter, der gerade eine Scheunentür schließen wollte, von einem Blitz getroffen und getötet.

Trag. Tod am Treppengeländer. Der sechsjährige Knabe Heinz Meitas war das Treppengeländer heruntergerutscht und hatte dabei das Gleichgewicht verloren. Er stürzte, sich überschlagend, auf den Steinsockel des Hausflures und erlitt einen Schädelbruch. In den Folgen dieser Verletzung ist der Knabe im Krankenhaus gestorben.

Diegnitz. Segelflugzeug abgestürzt. Sonntag stürzte auf dem Flugplatz das Segelflugzeug „Mabi“ aus etwa 50 Mtr. Höhe ab. Das Vorderteil grub sich in einen Acker und wurde völlig zertrümmert. Der Pilot Schönborn war mit Autoschlepp gefahren. Als er das Flugzeug vom Schleppseil befreite, stellte es sich auf den Kopf und stürzte ab. Der Pilot kam mit leichten Verletzungen davon, wurde aber zur Beobachtung ins Krankenhaus eingeliefert.

Geltame Polizeipraxis des Kanther Bürgermeisters

Die Untersuchungsmethoden des auch als Polizeiverwalter fungierenden Kanther Bürgermeisters seit dem Naziüberfall auf die Arbeiterpartei bewegen sich, vorläufig ausgedrückt, in seltenen Bahnen. Wir berichteten bereits, daß am Sonnabend der Arbeiter K. ohne ersichtlichen Grund festgenommen wurde, obwohl auch der Kanther Polizei bekannt sein mußte, daß die Festnahme ohne richterlichen Befehl nur bei dringender Gefahr der Verdunkelung einer Ermittlung oder auf früherer Tat zulässig ist. K. wurde gegen Abend wieder auf freien Fuß gesetzt und ihm dabei ein unerhörter Eingriff in die verfassungsmäßig gewährleistete Freiheitsrechte vom Bürgermeister bedeutet, er würde sich einer erneuten Festnahme aussetzen, wenn er Kanth nicht verlässe; er solle doch zu seinen — auswärts wohnenden — Schwiegereltern ziehen. Ähnlich erging es dem jugendlichen Arbeiter August Mische aus Schönsitz, dem der Polizeiwachtmeister Wolf die Weisung erteilte, Kanth bis auf weiteres mit seinen Besuchen zu versehen, obwohl M. in Kanth stempelt. Der Anlaß zu dieser Ausweisungsraxis, die in keiner gesetzlichen Bestimmung des Deutschen Reiches und wohl auch der Stadt Kanth eine Begründung findet, ist überdies gänzlich unerfindlich, da die beiden Betroffenen keiner Partei angehören und mit den Vorfällen am 10. Juli in keinem Zusammenhang stehen.

Auch sonstige Äußerungen und bei Verhören gemachte Angaben erwecken den Eindruck, als sei man an maßgebender Stelle in Kanth bemüht, die Ermittlungen hinsichtlich des 10. Juli in einer sehr bestimmten, von vorgefaßten Meinungen ausgehenden Richtung zu führen. Selbstverständlich kann, worauf wir besonders hinweisen, niemand gezwungen werden, bei der Polizei auszusagen, sondern gegebenenfalls richterliche Vernehmung fordern.

Gemeindevertreterprüfung in Klettendorf

Die Klettendorfer Gemeindevertretung hatte in ihrer Sitzung am 14. Juli eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Die Jahresrechnung für das Rechnungsjahr 1931 wurde in der Gemeindefeststellung in Einnahme mit 257.603,34 Mark, in Ausgabe mit 251.998,49 Mark festgestellt. Mithin ergibt sich ein Bestand von 6204,84 Mark.

Die Altersrentenkasse wurde in Einnahme mit 73.448,27 Mark, in Ausgabe mit 73.362,47 Mark festgestellt. Mithin verbleibt hier ein Bestand von 85,80 Mark. Der Bestand der Gemeindefeststellung sowohl der Altersrentenkasse wurde in das neue Rechnungsjahr vorgelegt. Zu Bemängelungen hat sich keinerlei Anlaß gefunden. Die innerhalb des Etats vorgenommenen Ueberreicherungen wurden nachträglich genehmigt und dem Rechnungslager wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Desweiteren wurde beschlossen, für die katholische Volksschule zehn Schultische zu beschaffen, die Klassenzimmer, sowie das Treppenhaus und die Wohnung des Schulleiters renovieren zu lassen; in beide Klassenzimmer wird elektrisches Licht gelegt. In der evangelischen Schule sollen die Treppen ausgebessert werden. Auf dem Kommunalkirchhof wird eine Abortanlage errichtet und die Arbeiten dem Maurermeister A. Langner übertragen.

Der Fluchtlinienplan für die Hauptdurchgangsstraße an der Straßentrennung am Bettlerberg wurde einstimmig festgestellt und weiterhin beschlossen, die Hofseite des Hauses Gaswerkstraße 3 und die westlichen Giebel der Siedlungsbau Nr. 9 und 14 mit einem Schutznetz (Fluralt) zu versehen, um das Einbringen von Wasser zu verhindern. Die Arbeiten erhält Maurermeister Mende übertragen.

Der Freiwilligen Feuerwehr wurde eine Beihilfe von 150 Mark bewilligt. Die Wohnung Schmidtstraße 31 soll auf Gemeindegelände in Ordnung gebracht werden, damit sie wieder bezogen werden kann. Die Ohlauer Angelegenheit wurde zum Breiße von 210 Mark dem Ortsbürgermeister übertragen. Die Verlesung der Ohlauer Angelegenheit wurde durchgeführt. Die Kosten für die Verlesung des infolge von Schmutzverletzungen anlässlich des Überfalles in Kanth am 10. Juli 1932 verstorbenen Erdmann Tiede werden von der Gemeinde übernommen.

Gemeindevorstand. R. Limke (Soz.) erkundigt sich zum Schluß über die Disziplinarangelegenheit Herzog, worauf der Gemeindevorstand Genosse K. in den Urteilen vom 27. Juni 1932 des Oberverwaltungsgerichts Berlin bekannt gibt, Genosse R. hätte verlangt, daß ein neues Disziplinarverfahren gegen den Gemeindevorstand Herzog eingeleitet werden soll, da ja das erste Disziplinarverfahren nur deswegen eingestellt wurde, weil es vom

Achtung, herhören!

Parteilgenossinnen und -genossen! Donnerstag, den 21. Juli, spricht von 18.10 Uhr bis 18.30 Uhr der Kandidat für den Reichstag: Chefredakteur Genosse Karl Wendemuth-Waldenburg im schlesischen Sender über die parlamentarische Arbeit der Sozialdemokratie.

Der Flaggenkrieg beginnt. Fahrradwimpel sind sofort bei dem Bezirkssekretariat in Breslau zu bestellen. Die Fahnen mit den drei Pfeilen müssen überall gezeigt werden. Das Dreipfeile-Abzeichen muß jeder tragen. Bestellungen nimmt das Bezirkssekretariat entgegen.

Verkauft Freiheitsoffermarken! Der Wahlkampf kostet Geld und hinter uns stehen nicht die Kirdorf-Millionen Hitlers. Die Lügen-Propaganda der Nazis wird in den nächsten Tagen zu einer Hochflut von Schlamm werden. Sorgt dafür, daß überall Aufklärung in das Volk dringt.

Die neue Wahlzeitung kommt in den nächsten Tagen zum Versand und muß in jedes Haus Eingang finden.

Auf in den Kampf! Vorwärts zum Sieg!

Freiheit!
Der Bezirksvorstand.

Nimptsch. Freitod im Walde. Der seit dem 30. Juni d. J. vermählte 53jährige Arbeiter Biller aus Quanzendorf wurde von einem Bilzhauer im Walde der Eichberge bei Quanzendorf erhängt aufgefunden. Die Leiche war bereits stark in Verwesung übergegangen. Da B. bereits bei seinem damaligen Weggang Todesgedanken geäußert hatte, kann Selbstmord, der vermutlich in einem Anfall von Schwermut begangen wurde, angenommen werden. Er hinterläßt Frau und sieben Kinder im Alter von 12 bis 27 Jahren.

Landrat nicht ordnungsmäßig eingesetzt wurde. Gemeindevertreter Langner verlangt ebenfalls die sofortige Einleitung eines neuen Disziplinarverfahrens gegen Herzog mit dem Ziele auf Amtsenthebung; es wäre ein unerträglich Zustand, wenn Herzog wieder bei der Gemeinde Dienst verrichten sollte. Der Gemeindevorstand laute zu, die erforderlichen Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Breslau. Alles geht heute zur Eisenbahner-Landgebung des Einheitsverbandes, in der Kollege H. Zahn-Berlin spricht.

Kantern. Erfolgreiche Wahl-Landgebung. In der Landgebung der Eisernen Front am Sonnabend sprach Genosse Wendemuth-Waldenburg, M. d. R. Der Redner erntete in der überaus gut besuchten Versammlung reichen Beifall. Die Nazis am Orte waren sehr erstaunt, daß die Reichsbanner-Vollmacht aus Breslau mit 14 Mann zur Stelle war. Mit kurzen Schlussworten erinnerte der Vorsitzende anschließend die Arbeiterschaft daran, am 31. Juli ihren Mann zu stehen. Die bis auf den letzten Platz gefüllte Landgebung konnte ohne Störung erfolgreich mit dem Freizeitspruch und dem Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ zu Ende geführt werden.

Alt-Gandau-Zählgütel. In der letzten Gemeindevertreterprüfung wurde der Haushaltsplan für 1932 mit 12.374 Mark in Ausgabe und Einnahme festgestellt und für die Grundvermögenssteuer, ebenso wie für die Gewerbesteuer ein Zuschlag von 260 Prozent beschlossen. Ein Antrag der Sozialdemokraten, die Entschädigung für den Gemeindevorsteher entsprechend den allgemeinen Einkommensführungen herabzusetzen, wurde abgelehnt, da nur ein Zentrumsvorsteher mit der SPD, die anderen hingegen mit der Rechts stimmen. Herr Baum wehrte sich sehr lebhaft gegen eine Minderung seiner Nebeneinnahme und drohte, sein Amt niederzulegen, wenn der Antrag angenommen würde, obwohl er beispielsweise bei der Bedürftigkeitsprüfung der Erwerbslosen stets für die größtmögliche Kürzung der Unterstühtungen eintritt. Das Bauern, ist eben etwas ganz anderes. Recht ungelassen war der Inspektor S. in g auch, als ein sozialdemokratischer Vertreter den Gemeindevorsteher auf einen Nebenfehler im Etat aufmerksam machte, was S., ohne selbst eine Ueberprüfung zu haben, durchaus nicht wahr haben wollte, der Gemeindevorsteher aber schließlich selbst zugab.

Schönsitz. Einbruch. In der Nacht zu Sonntag wurde in die Werkstatt des Auto- und Fahrradholzers Beier eingebrochen. Die Diebe entwendeten Motorradreifen, einzelne Räder von Fahrrädern, Werkzeug und das Fahrrad eines Wollfahrschleppers, das repariert werden sollte. (Marke „Vindcar“ Nr. 73345, deutsche Lenkstange, frisch emaillierter Rahmen.) Es wird gebeten, falls ein gebrauchtes Vindcar-Rad zum Verkauf angeboten werden sollte, Mitteilung an Gustav Föhnel in Schönsitz zu lassen.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumark/Nimptsch

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenbau (Neumark) Zimmer 126-128
Telephon 1004, 1006
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-10 u. 10-11 Uhr.

Die Eisernen Front ruft!

Am Mittwoch, dem 20. Juli, 20 Uhr
Leise-Petersdorf, Lokal Trecksd. Redner: Reichstagskandidat Genosse Dr. Stammes.
Schönsitz, Lokal Zeißig. Redner: Genosse Frankel.

Am Donnerstag, dem 21. Juli, 20 Uhr
Nimptsch, Lokal Staniska. Redner: Genosse Lehmann.
Schönsitz, Lokal Kanth. Redner: Dr. Sambrater, M. d. R.

Am Freitag, dem 22. Juli, 20 Uhr
Kandau, Lokal Lukas. Redner: Genosse Gottwald.
Obers. Lokal Brunk. Redner: Genosse Kufielcsonnik.
Schönsitz, Lokal Köhler. Redner: Paul Ledermann.
Ober-Giesendörfer, Lokal Bischof. Redner: Pohle (M. d. R.).

Katzen, Mittwoch, 20. Juli, Frankensabend in der Wohnung des Gen. Klingl. Redner: Genosse Cotte, M. d. R.

Gewerkschaftsinternationale an die deutsche Arbeitererschaft

Der Internationale Gewerkschaftsbund wendet sich mit folgender Rundgebung an die deutsche Arbeitererschaft:

Im Augenblick, wo die deutsche Arbeiterklasse mitten im entscheidenden Abwehrkampf gegen die vereinten Mächte der Reaktion steht...

Jetzt wie früher steht für den Internationalen Gewerkschaftsbund fest,

- dah Faschismus moralischer und materieller Verelendung gleichkommt;
dah Faschismus national und international eine direkte Bedrohung des Friedens bedeutet;
dah die Arbeiterklasse ihre höchsten Güter verteidigt, indem sie den Faschismus niederschwängt.

Die deutsche Arbeitererschaft kann sicher sein, dah der Internationale Gewerkschaftsbund mit seinen 14 Millionen angeschlossenen Mitgliedern aus allen Ländern diesen ihren Kampf mit den höchsten Gefühlen der Sympathie und Solidarität verfolgt und bereit ist, den deutschen Arbeitern mit allen verfügbaren Mitteln zum Siege zu verhelfen.

Deutsche Genossen! Ihr steht nicht allein in diesem Kampf! Wisst, dah das organisierte Weltproletariat hinter euch steht, denn ihr kämpft nicht nur für die deutsche Demokratie, euer Kampf ist auch ein Kampf für die Befreiung der Menschheit!

Ein Strolch gibt Antwort

Aber das „Wie“ ist erschütternd

Ein Nazi-Kedner wurde in einer nationalsozialistischen Versammlung in Heitstede gefragt, warum die Nationalsozialistische Fraktion im Preussischen Landtag dem SPD-Antrag, die Gehälter auf höchstens 12.000 Mark herabzusetzen, nicht zugestimmt habe...

Als Politiker müsse man einsehen, dah dadurch nur neue Arbeitslose geschaffen und die Kaufkraft noch mehr geschwächt würde. Nur im Interesse des Volkes habe man so gehandelt.

Wer hat nun recht? Der, der in Versammlungen sagt, die Gehälter dürfen am Gotteswillen nicht herabgesetzt werden, oder der, der auf die Nazis loskämpft, weil sie angeblich die hohen Gehälter nicht herabsetzen wollen.

Diese Burschen können lügen

dah es ihren eigenen Vorten zuviel wird

In Dammerslang für die Reichstagswahl haben die Nazis sich jetzt sogar als Bekämpfer gegen den Lohnraub erklart. Ihre Presse kreischt von „14 Jahre Lohnraub — ein Schuldbaus der SPD“, und vor allem in Landarbeiterkreisen tun die Hitler jetzt so, als ob sie gegen den Lohnraub der Nazis wären...

Das ist der Lohnraub der Nazis in der Praxis. Die Hitlerpartei ist, wie aus diesen Feststellungen hervorgeht, bereits so verzogen, dah nun schon ihre eigenen Anhänger sich angewidert fügen.

Nichtanrechnung kapitalistischer Rente auf die Arbeitslosenunterstützung

Der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung beim Reichsversicherungsamt hat, wie aus der Rundgebung der Kriegsbeschädigten, Arbeitsbeschäftigten und Kriegserwerbsfähiger Mittelteil, kürzlich ergeht, dah ein Kriegsbekämpfender, der für einen Teil seiner Verdienste eine Kapitalbindungsgewinn erhalten hat, von der Anrechnung des kapitalistischen Rententeiles auf die Arbeitslosenunterstützung nach § 112 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenunterstützung befreit ist.

Grund dieser Entscheidung des Reichsversicherungsamtes zu empfehlen, durch die Geschäftsstellen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten die erforderlichen Maßnahmen gegen die unzulässige Anrechnung zu ergreifen und die ihnen danach tatsächlich zustehende Arbeitslosenunterstützung zu beantragen.

Otto Bauer-Wien

der Führer der sozialistischen Arbeiterinternationale spricht am Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Sirkus Busch

Textilstreik in Nord-Carolina

In den Textilzentren von Nord-Carolina ist eine Streikbewegung ausgebrochen, an der sich die Mehrzahl der Arbeiter beteiligt. Am Dienstag durchschnitten Streikende die Kraftversorgungsleitungen, so dah 150 Fabriken mit 20.000 Arbeitern stillgelegt wurden.

Guldschmied-Werke bleiben stillgelegt

Sosnowitz, 19. Juli. Wir wir vor einiger Zeit berichteten, hat die Belegschaft der Guldschmiedwerke in Jawierce, die stillgelegt worden sind, sich geweigert, die Fabrik zu verlassen. Aus Protest gegen die Stilllegung ist die Belegschaft über drei Wochen lang im Werk verblieben.

Sozialer Dienst!

Eine Reichsarbeitsgemeinschaft der Arbeiterorganisationen Hilfswerk für die erwerbslose Jugend

Die Organisationen der Arbeitererschaft haben einen neuen Schritt zur Hilfe für die jugendlichen Erwerbslosen unternommen. Eine Besprechung von Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des IFA-Bundes, des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit, des Arbeitsausschusses für Arbeiterwohlfahrt, der Sozialistischen Arbeiterjugend, der Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege und des Reichsbanners Schwarz-rot-gold ergaben grundsätzliche Uebereinstimmung zur Bildung einer Reichsarbeitsgemeinschaft, die den Namen „Sozialer Dienst — Hilfswerk der Arbeitererschaft für die erwerbslose Jugend“ führen soll.

lang im Werk verblieben. Am Montag haben aber die Arbeiter die Fabrik verlassen, nachdem ihnen von behördlicher Seite mitgeteilt wurde, dah an eine Wiederinbetriebnahme der Fabrik nicht zu denken sei. Die Direktion hat den Arbeitern eine Abfindung von 25.000 Floty gewährt.

Stilllegung des Zinnerzbergwerks in Brzowowiz

Kattowiz, 19. Juli. (Fig. Meldung.) Am Montag hat eine Fachkommission unter Leitung des Arbeitskommissars das Zinnerzbergwerk in Brzowowiz befristigt. Die Kommission ist zu dem Schluss gelangt, dah dem Stilllegungsantrag der Verwaltung stattzugeben sei.

Die Reichsfinanzen im Mai

Nach dem Ausweis des Reichsfinanzministeriums schließt der ordentliche Haushalt für den Monat Mai 1932 mit einem Defizit von 100 Millionen Mark ab. Im außerordentlichen Etat hat sich ein Defizit von 3,8 Milliarden Mark ergeben.

Bauer was sagst Du nun?

Go hilft die Regierung der Barone — den Großagrariern und Du gehst leer aus — Du bekommst weder die von Hitler versprochenen Stübe und Pferde, noch dankt diese Regierung sonst an Dich

Die Bauernfreundlichkeit des Ernährungsministers Baron von Braun zeigt sich immer mehr von der bedenklichen Seite. Er hat den Monopolspreis für Mais von 140 auf 180 Mark erhöht und die Kosten der bäuerlichen Schweinemäster stark verteuert.

Jetzt hat der Herr Baron von Braun verfügt, dah die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft in Vertoppelung mit den noch vorhandenen Beständen an Roggen und Gerste an Schweinemäster liefern soll. Der Abgabepreis für eine Tonne Gerste und eine Tonne Roggen beträgt zusammen 325 Mark, wovon auf Gerste 170 und auf Roggen 150 Mark entfallen.

In Wahrheit bedeutet aber diese neue Aktion nichts anderes als eine Stützung des Getreidemarktes und damit der am Getreideverkauf interessierten Rittergutsbesitzer. Der Roggen wird nämlich nicht, im Gegensatz zur Gerste, sofort d. h. im Juli und August geliefert, sondern erst im Winter.

Die Durchführungsbestimmungen für die Ausrüstung der Getreidehandelsgesellschaft werden noch im Laufe dieses Monats genehmigt.

Ehedrama

Eine furchtbare Bluttat ereignete sich in der Nacht vom Montag auf Dienstag in Altona-Bahrenfeld. In einem Rosenendhäuschen der Gartenkolonie am Wimboberggelände wohnte der 34jährige Arbeiter Markmann mit seiner jungen Ehefrau und drei kleinen Kindern im Alter von 7, 4 und 2 Jahren. Am Montag abend, als der Ehemann nach Hause kam, getötet er mit seiner Ehefrau in Streit. Als er sich später ins Bett legte, wurde er von seiner Ehefrau mit dem Messer erschlagen. Die Ehefrau Markmann machte am Dienstag Mittag auf dem Polizeirevier Mitteilung von ihrer furchtbaren Tat und gab als Grund Ehegerrückfälle und auernde Streitigkeiten in der Familie an. Nach dem Abend der Tat habe der Ehemann, als er in angetrunkenem Zustand nach Hause gekommen sei, wieder Streitigkeiten herbeigeführt.

Särge weggeschwemmt?

Die Gegend nordöstlich von Augsburg wurde durch ein furchtbares Unwetter heimgesucht. Ein Teil der Ernte ist vernichtet. In Holzheim und Altmünster erreichte die Wasserflut eine Höhe bis zu 1 1/2 Metern. Zahlreiche Häuser mußten zerstört werden. Viele Grundmauern wurden so unterminiert, daß Einsturzgefahr besteht. In Holzheim schwoll der Hochbach gewaltig an, brach die Kirchhofsmauer ein, riß Grabmäler und Kreuze um, spülte Gräber weg und rief Särge mit sich fort.

Ebenso litt das Mönchsfließ unter einer Hochwasserkatastrophe. In Rempten wurde ein Arbeiter vom Blitz erschlagen. In Brönnbach brannte ein Bauernhaus bis auf die Grundmauern nieder.

Großer Kaffeeschmuggel in Hamburg aufgedeckt

Die Zollfahndungsstelle Hamburg hat einen groß angelegten Kaffeeschmuggel in Kasse aufgedeckt. Seit Oktober 1931 sind in einem Lastkraftwagen, einem Möbelwagen und einem Motorfahrzeug mit geheimen Führern verladen waren, etwa 85 000 Kilo Kaffee geschmuggelt worden. Acht Personen wurden verhaftet.

Zeppelin-Fahrten

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ nimmt am 15. August im Abstand von jeweils 14 Tagen wieder seine regelmäßigen Verkehrsfahrten nach Südamerika auf. Gewöhnliche und einschreibensartige Briefsendungen sowie gewöhnliche Pakete sind zur Beförderung zugelassen. Die Sendungen müssen die Aufschrift „Mit Luftschiff Graf Zeppelin“ tragen.

Von Gronau startbereit zum Amerikaflug

Der Dornierwalder Wolfgang von Gronau liegt startbereit in Ostpreußen. Der neue Amerikaflug soll erfolgen, sobald gute meteorologische Vorbedingungen gegeben scheinen. Neben von Gronau werden Junker Albrecht, Maschinenführer und (Kraft des Piloten Zimmer) der zweite Pilot Roth an dem Flug teilnehmen.

60 000 Eier gestohlen

Einem Produzentenhändler in einem Dorf bei Neunkirchen (Saar) wurden in letzter Zeit 60 000 Eier gestohlen.

Zodessturz

Auf eigenartige Weise kam in Bonn Rechtsanwalt Dr. Winkler ums Leben. Winkler hatte sich im zweiten Stock des Gerichtsgebäudes auf das eiserne Treppengeländer gesetzt, um Altona zu durchsuchen. Dabei verlor er das Gleichgewicht und stürzte rückwärts durch das zehn Meter hohe Treppengeländer ins Erdgeschoss.

Das Todeskarussell

Bei einem Schützenfest in Otterndorf bei Bremen verunglückte ein sechzehnjähriges Mädchen bei einer Karussellfahrt tödlich. Das Mädchen hatte sich an einer blanten Stange, die plötzlich mit der Stromleitung in Verbindung kam, festgehalten.

Am Sarrajanis Zukunft

Die Zukunft des durch die Antwerpener Brandstiftung um 50 000 Mark geschädigten deutschen Zirkus Sarrajan ist noch vollkommen ungewiß. Das sich an die Belgien-Reise anschließende Kampfpokal in Holland bedeutete für das Unternehmen ebenfalls einen starken Verlust. Manndmal spielte der Zirkus in Holland vor weniger als 50 Besuchern. Die neue deutsche Zollpolitik, die die holländischen Bauern zwingt, ihren Mist auf den Düng zu werfen, hat zu einer ablehnenden Haltung der holländischen Bauern gegen alles Deutsche geführt.

Gegenwärtig verhandelt Sarrajan mit der russischen Regierung, die nicht abgeneigt sein soll, seinen Zirkus zu kaufen. Es sind aber auch in Deutschland Kräfte am Werk, die den Zirkus Sarrajan in seiner jetzigen Form erhalten wollen. Vor allem steht die künstlerische Arbeiterorganisation, die Freigewerkschaftliche internationale Artistenloge, bei den Behörden für Sarrajan ein. Immerhin stehen noch 100 Menschen bei Sarrajan in Lohn und Brot. Es ist angueren, daß sich Sarrajan selbst für den sozialen Aufstieg der Artisten eingesetzt hat. Damals war er noch Tier-Clown. Er gehörte zu den „Prominenten“, war eine geschickte und gutbezahlte Attraktion. Als er sich aber mit einigen Gleichgesinnten an die Gründung der Artistengewerkschaft machte, als die ersten sozialen Kämpfe im Artistengewerbe ausbrachen, da konnte der Tierclown eine Stellung mehr finden. Er stand auf der schwarzen Liste, und in Europa fand sich kein Direktor, der dem Gewerkschaftler ein Engagement gab.

Bei dem geradezu phantastischen Aufstieg Sarrajanis, der so gegen seinen Willen zum Unternehmer geworden war, wurden alle seine Konkurrenten überflügelt; Sarrajan war schon vor dem Krieg der größte Zirkusunternehmer Europas. Nach dem Krieg erschien er als Erster wieder auf dem Plan, und als man ihm in Frankfurt a. M. 1919 keine Spielerlaubnis erteilen wollte, da waren es die Gewerkschaften, die ihre Mitglieder auf die Straße schickten, um durch eine Protestdemonstration die Stadtverwaltung zur Erteilung der Erlaubnis zu zwingen. Sarrajan ging dann, in Zusammenarbeit mit Stinnes nach Südamerika. Er war der erste, der dort die schwarze, rote und goldene Flagge entfaltete. Als ihn man aber die Erben von Stinnes das Fell über die Ohren ziehen wollte, wandte er sich an den Reichspräsidenten Ebert, der Sarrajan zu seinem Recht verhalf. Jetzt steht Sarrajan wieder vor dem Zusammenbruch. Ein Teil des Eigentumsvermögens, die Lichtmaschine und anderes ist verpfändet. Aber seinen riesigen Tierbestand kann er nicht verkaufen, er muß nicht zwangsversteigert lassen. Er möchte, möchte er sich durch einen Gewaltstreik von seinen Sorgen befreien, seine Tiere, die er heute noch sorgfältig füttern läßt, töten.

Alles um Geld

Aus der Berliner Gerichtschronik - Wilde Devaheimanträge Die Schüsse auf den Reichsbankpräsidenten

Großer Tag in Moabit. Typische Prozesse der Zeit werden verhandelt: es geht überall ums Geld. Die Anklage richtet sich sowohl gegen Gauner, die es den Vermittlern aus der Tasche stehlen, als auch gegen - Idealisten, die es allen verschaffen wollen, aber erst einmal schliefen, damit man sie überhaupt hört... Die Erwerbslosen auf den Publikumstribünen aber hungern weiter...

Im Devaheimprozeß, der sich jetzt nach ungefähr zwei Monaten Dauer seinem Ende zuneigt, wurden äußerst milde Strafanträge gestellt; der Staatsanwalt verwies zwar in seinem dreißündigen Plädoyer auf den Parallelfall Sklarek, zog aber aus seinem Hinweis keinerlei Konsequenz. Vor dem erweiterten Schöffengericht steht der Mann, der auf den Reichsbankpräsidenten geschossen liegt: Dr. Roosen. Ebenso ist der „Schüke“ angeklagt: der Nationalökonom Kertischer. Nachmittags um 3 Uhr wird die Verhandlung auf Mittwoch vertagt. Endlich findet der Fortsetzungsprozeß Caro-Betschel statt. Es geht bei diesem Prozeß „unter seinen Leuten“ um 400 000 Mark Witzig und um intimere Dinge. Wegen der intimen Dinge wird die Öffentlichkeit wieder einmal ausgeschlossen. Die größten Berliner Verteidigerkanonen, unter ihnen Professor Alsbach, donnern ohne Widerhall.

„Heimliche Konten - unheimliche Gelder“

Im Devaheimprozeß beantragt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Eichholz gegen Pastor Cremer wegen fortgesetzter Untreue eine Gesamtstrafe von 3 Jahren Gefängnis; gegen Generaldirektor Wilhelm Joppel wegen fortgesetzter Untreue, Betrug in Lateinzeit mit Urkundenfälschung und Bilanzverschleierung 2 Jahre 6 Monate Gefängnis; gegen den Angestellten Clausen wegen Untreue 3 Jahre Gefängnis; gegen Cremer junior wegen fortgesetzter Untreue und Betrug 8 Monate Gefängnis; gegen Joppel junior 4 Monate Gefängnis; gegen Kops 3 Monate Gefängnis. Der Angeklagte Clausen wird entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts in Haft genommen.

Durch die Devaheimlichen ist ein ungeheurer Schaden angerichtet worden. Konkursverwalter Nöbel gab kürzlich an, daß Devaheim und Deuzag 15 bis 20 Millionen Mark verloren; bei der verbundenen Baugenossenschaft Mülheim beträgt die Unterbilanz 16 Millionen Mark. „Eine unerfreuliche Verquickung von Religion und Geschäft“, meint der Staatsanwalt, „hat den Angeklagten geholfen. Sie fanden die Unterstützung der Kirche, die Kirche konnte allerdings nicht damit rechnen, daß die Leute mit so frommen Gebärden so unfromm handeln würden. Sie konnte nicht wissen, daß die Angeklagten mit den höchsten Gefühlen Schacher treiben würden: Pastor Cremer, der scheinbar so ehrwürdige Diener Gottes, der vor fremden Altären kniete und mit eiskaltem Ignominismus das dauernde Vertrauen seiner Vorgesetzten und Kollegen mißbrauchte, um seine ehrgeizigen Pläne zu verwirklichen und sich und seiner Familie auf Kosten armer Leute ein Vermögen zu erwerben; Wilhelm Joppel, der durch eifrige Betonung seines „positiven Christentums“ Kredite und Unterstützungen erlangte; Clausen, der „im Interesse der evangelischen Sache“ zu handeln vorgab, dabei aber ein Intriganteneß von gigantischem Ausmaß spannte, aus dem er per Saldo einen Gewinn von 200 000 Mark eingestekt hat.“

Der Staatsanwalt bewies die Schuld der Angeklagten bis ins Einzelne: es ist gegen den Grundgedanken des Kollektivsparens gekündigt worden. Vermögen, das zu treuen Händen zu verwalten war, wurde leichtsinnig verschleudert. Die Devaheim zahlte auf Grund von Krediten Gelder aus, die nicht da waren. Als sie die in Anspruch genommenen Zwischenkredite decken mußte, griff sie Gelder der Einleger an. Damit man nichts merkt und buchnäßig alles hübsch in Ordnung kam, wurde ein Zwischeninstitut gegründet: die Heimstätten-Bank. Mit Recht hieß das Institut bald „Verschiebebahnhof“. Ein anderer gerechtfertigter Spitzname für den Devaheimkomplex: „Cremeratorium“, Pastor Cremer hat es nämlich verstanden, der gesamten näheren und weiteren Verwandtschaft gut bezahlte Posten zu verschaffen.

Als es zum Zusammenbruch kam, wurden die Vergehen immer schwerer. Der Dresdener Bank wurde z. B. ein Grundstück verschrieben und darüber ein Lagerwert von 3 Millionen Mark angegeben, während der Einkaufspreis des Grundstücks 200 000 Mark, der damalige mögliche Verkaufspreis 120 000 Mark betrug. Schweigegelder wurden in Unmengen bezahlt; der Industrie Kurier sollte eine „Reinigungsaktion“ vornehmen; der Wittangeklagte Clausen bekam seinen Teil ab, weil er zuviel mußte. Man schickte sich gegenseitig zur Ergolung in Kurorte, was jedesmal 1000 Mark Spesen kostete. Bei diesen Kronheiten

haben sich die Herren ganz gesund gemacht, bei zahllosen anderen Gelegenheiten auch. Ihre Taschen schwollen an, immer vom Geld der kleinen Leute. Resigniert meint der Staatsanwalt: „Heimliche Konten wurden angelegt, unheimliche Gelder verbraucht. Zähle man alle Vergehen auf, käme man ins Uferlose...“

Der Anti-Luther

Wirklich ins Uferlose gerät, einen Gerichtssaal weiter, mit seinen Ausführungen der der Körperverletzung beschuldigte Dr. Willy Roosen: der Mann, der am 9. April, 9 Uhr abends, auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin seinen Kollegen Kertischer auf den Reichsbankpräsidenten Luther schossen ließ. Mord war nicht beabsichtigt, das nimmt die Anklage auch nicht an. Dr. Luther trug eine leichte Fleischwunde davon, außerdem einen Gehörsschaden. Der Angeklagte erklärt, daß er bedauere, wenn Dr. Luther durch die Schüsse am Gehör geschädigt worden wäre: er hätte ihm ja gerade die Ohren öffnen wollen...

Das Bonmot ist für den hochintellektuellen, rednerisch sehr gewandten Angeklagten insofern. Er steht zu seiner Tat, weil er zu seiner „Frei Geld! Frei Wirtschaft! Frei Boden!“-Agende steht, auf die er durch seine Schüsse alle Welt aufmerksam machen wollte. Außerdem will er beweisen, daß Dr. Luther als früherer Oberbürgermeister von Essen möglicherweise ein guter Kommunalpolitiker, aber ein schlechter, unfähiger Reichsbankpräsident sei. Er ist unglücklich darüber, daß das Gericht vorläufig nicht geneigt ist, den entsprechenden Beweisanträgen stattzugeben.

Dr. Roosen hat eine gute juristische Ausbildung hinter sich. Die letzten Jahre widmete er ausschließlich der Propaganda seiner Idee, die er in einem großen Währungsprogramm zusammenfaßte. Einige Zeit war er bei den Nationalsozialisten, fiel aber auf kein Verständnis. Seitdem hat er „nichts anderes gemacht als Angriffstatten gegen die Reichsbank“. Dr. Luther hat ihm nicht geantwortet, deshalb hat er auf ihn geschossen. Dr. Luther, der auch als Nebenkläger zugelassen ist, erklärt hierauf: „Es gibt andere Wege, sich und seine Ideen zu melden“. Verteidiger: „Wenn aber die anderen Wege verjagen?“ Dr. Luther: „Dann muß der Bürger verzichten.“

Es gibt aber nun einmal Fanatiker, die nicht so leicht verzichten. Einer von ihnen, fest überzeugt von seiner Sache, ist Dr. Roosen. Seine Tat - der Vorfallende ließ die gleiche Meinung erkennen - ist die ehrliche Tat eines Verzweifelten. Verschaffen ihm die Schüsse kein Gehör, hat für ihn sein Leben seinen Sinn verloren.

Mordgeständnis

Ein ehemaliger Reichswehrfeldwebel Thomas aus Schlesien und seine Freundin, eine Maria Schäfer, haben der Kölner Kriminalpolizei gestanden, am 8. April d. Js. in Köln den sechzigjährigen Arzt Dr. Rubenlohn niedergeschlagen, gefesselt, gewürgt und um 750 Mark sowie um Schmuck beraubt zu haben. Rubenlohn war an dem Ankel, den ihm Thomas in den Mund gesteckt hatte, erstickt. Maria Schäfer gibt an, ihren Bräutigam zu der Tat, die einen Nachakt darstelle, angestiftet zu haben. Ihre Mutter ist Mitwisserin des Mordes und Teilhaberin am Raub. Außerdem sind noch vier weitere Mitwisser und Nutznießer in Untersuchungshaft.

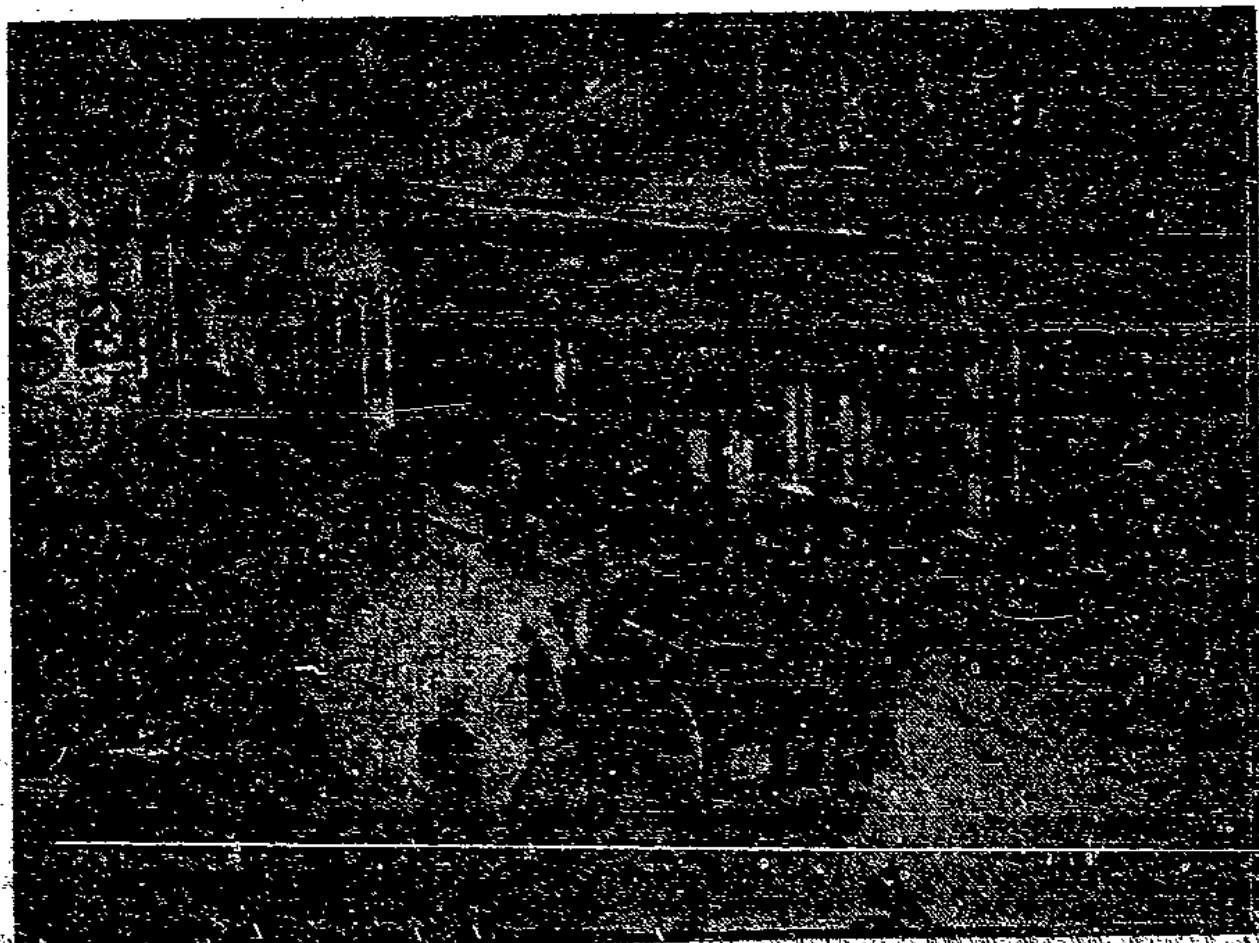
Ende des Kriegsspiels

Bei Versailles wurden drei Pfadfinder beim Bau eines Schützengrabens durch abrutisches Erdreich verschüttet. Zwei der Pfadfinder verunglückten tödlich.

Sehn Todesopfer des Flugzeugabsturzes in den Cordilleren

Das Flugzeug „San José“ der amerikanischen Luftverkehrsgesellschaft, das am Sonnabend auf dem Wege von Santiago de Chile nach Buenos Aires verschollen war, ist in der Nähe der einsam gelegenen chilenischen Farm Santa Rosa im Las Cordilleren völlig zerstört im Schnee begraben aufgefunden worden. Alle zehn Insassen sind tot. Man nimmt an, daß die Maschine gegen einen Sturm in den Cordilleren ankämpfen hatte, und daß sie von der Last der Eis- und Schneemassen niedergedrückt wurde. Die Maschine dürfte, als der Pilot nach einem geeigneten Landungsplatz suchte, auf den Boden gepreßt und zerschellt sein.

Nach den Straßenkämpfen in Altona



Ein Bild in die Paradenstraße des Grafen Johannistrafte in Altona, in der der Straßenkampf besonders heftig tobte. Nach den Unruhen stehen die Bewohner, schaff, distanzlos in der Straßen, während immer noch Polizeiwagen die Unruhe abfragen.

Engels über 1848

Aus den Revolutionstagen von 1848/49 sind uns nur sehr wenige Briefe von Friedrich Engels und Karl Marx erhalten geblieben. Das erschwert in hohem Maße die Forschungsarbeiten ihrer Biographen. Und doch waren diese Tage die wichtigste Etappe ihres Lebens.

Der hier veröffentlichte Brief ist an Karl Friedrich Köppen (1807-68) adressiert. Köppen war eines der standhaftesten und innigsten Mitglieder des berühmten Zirkels der Berliner „Freien“.

Engels Brief wird hier nach dem Original veröffentlicht, dessen Photokopie sich jetzt im Parteiarchiv der deutschen Sozialdemokratie befindet.

Lieber Köppen!

Inliegend folgt ihr Artikel zurück. Ich hätte ihn schon früher geschickt, aber Ihre Adresse war verloren gegangen bei der Umordnung des Anzuges und bei der Masse Geschenke, die damit verbunden.

Marx wird Ihnen gefallt haben, daß wir in der schlaflosen Nacht des Erills uns Ihrer sehr oft erinnern haben.

Tout à vous!

Köln, 1. September 1848. Fr. Engels.

100 Jahre Telegraphie

Telegraphen sind heute zu einer Alltagsnotwendigkeit geworden. Telegraph und Telefon spielen im öffentlichen Leben eine überaus wichtige Rolle. Vor 100 Jahren hielt die Kraft der menschlichen Nachsichtbeurteilung in Preußen ihren Einzug.

Telegraphen erstreckte, der von Amerika aus seinen Siegeszug über die Welt angetreten hatte. Es verging aber noch ein weiteres Jahr, bevor auf eine sehr eindringliche Anregung des Präsidenten des Berliner Handelsamtes, Herrn von Rönne, auch der telegraphische Privatverkehr zugelassen wurde.

Trotzdem nun am 9. Februar 1849 die Telegraphie der Zivilverwaltung eingegliedert und dem „Generalpostamt“ unterstellt wurde, blieb zunächst immer noch der militärische Einfluß vorherrschend. Es gab viele Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem kollegialen Direktorium, in dem die Militärs von ihren zivilen Kollegen, die sie durchaus nicht als „völl“ ansahen, militärische Unterordnung verlangten.

In den Jahren von 1832 bis 1833 ist die Entwicklung des modernen Kapitalismus eingeschlossen, dessen Streben auf Steigerung der Leistung, auf Erhöhung der Profitrate hin ausgeht, und der sich dazu auch der Nachrichtentechnik bedienen mußte.

Napoleon II.

Am 22. Juli 1832 verdrückte in Schönbrunn bei Wien nach schwerer Krankheit ein Einundzwanzigjähriger, der in den Listen des k.k. Infanterieregiments Prinz Gustav Walea Nr. 60 als Oberst geführt wurde; er hatte nicht viel Bemerkenwertes an sich außer dem einen, daß er der Sohn Napoleons war.

Die Geschichte hat sich bemüht, in das unruhige Leben und graustome Sterben dieses jungen Menschen einen Sinn hineinzubringen, und hat sogar mit einem französischen Historiker darin eine Sühne für den „Frevel“ erblicken wollen, daß er schon in der Wiege den pompösen Titel eines „Königs von Rom“ führte.

Kann drei Jahre während der Trauer, als er fürchtbar krank: Napoleon, gestorben und noch Erbe verbannt, mußte der Erbe seinen Namen vom Kaiser Maximilian in den Händen der Kaiserlichen Verwalter: ließ er ihn 1815 nach dem Wiener Kongreß, nach der Abreise von Waterloo und nach seiner zweiten Abdankung schließlich als Napoleon II. zu seinem Nachfolger ansetzen.

Wäre es nicht ein Prinz von Parma, Piacenza und Genua, und damit der Enkel des Kaiser Karls V. auf einen noch so kleinen italienischen Herzogtum abgefunden worden, hätte er als ein Prinz von Parma, Piacenza und Genua, und damit der Enkel des Kaiser Karls V. auf einen noch so kleinen italienischen Herzogtum abgefunden worden?

Dah man vor ihm die wirkliche Historie Napoleons in den Tischdrank verschloß, machte seine Neugierde bis zur Kränklichkeit. In seinen Fieberträumen wähnte er sich zur Größe zu gelangen, folgte seines Vaters Betreten, urteilte mit verlegener Selbstbewußtheit und junger Superbiogelübtheit über Gott und die Welt und übte sich auf dem Exerzitorplatz in der weißen Kontur des k.k. Heeres für seine künftige Feldherrntätigkeit.

Wenn Metternich gelegentlich mit dem Gedanken spielte, den allzu „revolutionären“ französischen Bürgerkönig Ludwig XVIII. mit dem Schreckbild eines von Österreich losgelassenen und unterstützten Napoleon II. einzuschüchtern, und Gneisenau gar den machiavellistischen Plan nähre, durch Förderung seiner Thronprätendentenschaft Frankreich zu zerstückeln, so blieb der blasse, hochgehoffene Jüngling bis zu seinem frühen Ende die Hoffnung der französischen Reaktionarier. Unter den Bauern und in der Armee hatte er seine meisten Anhänger; manche Verkörperung gegen die Bourbonen bediente sich, um zuträuflich zu sein, seines Namens; auch auf den Barrikaden des Jahres 1830 erklang der Ruf: „Hoch Napoleon II.“

Spinnenzüchter, Brautväter, Schuhaustreter . . .

Woht keine Stadt der Welt hat sonderbarere „Spezialitäten“ aufzuweisen als Hollywood. Da ist John G. ein mit seiner Löwenfarm in El Monte. Er liefert auf telephonische Bestellung große und kleine, dicke und magere Löwen ganz nach Wunsch des Filmregisseurs.

Das Hollywood hat kein Monopol auf sonderbare Beruf. Ein großes Londoner Modehaus hat einen ehemaligen Kaiser angeheiratet, der Bräuten zugleich mit der Hochzeitsausstattung zu Verfügung gestellt wird. Er ist ein gutauschender alker Herr mit schneeweißem Haar und die Verförderung des würdigen, freundlichen alten Vaters. Mädchen, deren Väter allzu weit entfernt wohnen, um an der Hochzeitsfeierlichkeit teilzunehmen, machen von dieser Einrichtung hauptsächlich Gebrauch.

In Arizona gibt es einen Klapperschlanger-Sammler. Das Gift der Klapperschlange wird zur Bereitung von Impfstoffen verwendet, und im Berufe dieses Sammlers gibt es keine Abkassierung. In Los Angeles wird eine Frau ihren Lebensunterhalt indem sie sich bei Grundstückstransaktionen als Zeugin zur Verfügung stellt. Ein einflußreicher Beruf ist der des berufsmäßigen Finders. Seine Tätigkeit besteht darin, die Verkauftangeigen in den Neopost-Tageszeitungen zu lesen und sich dann auf die Suche nach den verlorenen Schmuckstück oder Hund zu geben, um die ausgelassen Besetzung einzufußieren. Auf den ersten Blick scheint dies ein besonders gewinnbringende Tätigkeit zu sein. Aber es übertrifft zu hören, wie methodisch und mit welcher Scharfkenntnis der Mann arbeitet, und in wie vielen Fällen er Erfolg hat.

Fast jedermann hat schon ein oder das andere Mal versucht, sich an den Preisversteigerungskonturrenzen zu beteiligen, die in den Zeitungen und Zeitschriften erscheinen. Man würde kaum an den Gedanken kommen, daß es gewerbsmäßige Preisversteigerer gibt. Ein verträpplertes Mädchen in Newyork erzählt auf diese Weise nicht nur sich selbst, sondern auch ihren bejahrten Vater. Der erste Preis, den es gewann, bestand in einem vollständig ausgestatteten Hauje in einem der besten Wohnviertel der Stadt.

Der „Bettlerkönig“ der „Dreigrößenoper“ ist keine Geburt der Phantasie. In Chicago gibt es tatsächlich eine Firma, die sich damit beschäftigt, herujsmüßigen Bettlern zu einem demitteltenswürdigen Aussehen zu verhelfen, und die bet Bettlern dort nicht einmal unbetannt sein soll.

Manche Leute empfinden es als peinlich, in die weite Welt zu fahren, ohne daß jemand von ihnen Abschied nimmt. Ihren Wünschen kommt in Philadelphia eine würdige alte Dame entgegen, die gegen geringes Entgelt am Bahnhof von Abschied führenden Abschied nimmt. Ihr Beispiel liefert Schluß nach zu haben, denn Mithras wählten die Wälder einen ähnlichen Fall aus Berlin zu berichten. Ein Mann namens C. D. Schoos aus Boston wurde durch die Frage des Richters nach seinem Beruf, daß er „Fliegenfütterer“ sei. Die vor ein Häufchen gesammelten Beantwörter kamen schließlich darauf, daß Herr Schoos im Dienst der Rockefeller-Stiftung stand, wo er die Fliegen und anderen Insekten, die dort für wissenschaftliche Experimentelle Zwecke gehalten werden, zu füttern hat.